

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Winter 2016

Korrigierte Fassung
vom 16. Dezember 2016

 **DIW** BERLIN

Bericht von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Christian Dreger, Hella Engerer, Stefan Gebauer, Michael Hachula und Malte Rieth

Weltwirtschaft nimmt etwas Fahrt auf 1171

Bericht von Ferdinand Fichtner, Karl Brenke, Marius Clemens, Simon Junker, Claus Michelsen, Maximilian Podstawski, Thore Schlaak und Kristina van Deuverden

Deutsche Wirtschaft setzt Aufschwung fort –
trotz schwächeren Beschäftigungsaufbaus 1177

Interview mit Ferdinand Fichtner

»Der private Verbrauch bleibt der Treiber« 1189

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen
Gesamtrechnungen für Deutschland 1190

Bericht von Kristina van Deuverden

Öffentliche Finanzen bis 2025:
Nur auf den ersten Blick günstig 1193

Am aktuellen Rand Kommentar von Marcel Fratzscher

Italien braucht Hilfe –
egal unter welcher Regierung 1204



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
83. Jahrgang
14. Dezember 2016

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Johanna Möllerström, Ph.D.
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Gritje Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Prof. Dr. Christian Dreger
Sebastian Kollmann
Ilka Müller
Mathilde Richter
Miranda Siegel
Dr. Alexander Zerrahn

Lektorat

Karl Brenke
Dr. Ferdinand Fichtner

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Der DIW Wochenbericht wirft einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Er richtet sich an die Medien sowie an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Standard-Abo: 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand).

Studenten-Abo: 49,90 Euro.

Probe-Abo: 14,90 Euro für sechs Hefte.

Bestellungen richten Sie bitte an leserservice@diw.de oder den DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg; Tel. (01806) 14 00 50 25, 20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz, 60 Cent maximal/Anruf aus dem Mobilnetz. Abbestellungen von Abonnements spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

NEWSLETTER DES DIW BERLIN



Der DIW Newsletter liefert Ihnen wöchentlich auf Ihre Interessen zugeschnittene Informationen zu Forschungsergebnissen, Publikationen, Nachrichten und Veranstaltungen des Instituts. Wählen Sie bei der Anmeldung die Themen und Formate aus, die Sie interessieren. Ihre Auswahl können Sie jederzeit ändern, oder den Newsletter abbestellen. Nutzen Sie hierfür bitte den entsprechenden Link am Ende des Newsletters.

>> Hier Newsletter des DIW Berlin abonnieren: www.diw.de/newsletter

RÜCKBLLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 40 JAHREN

Zur Wirtschaftslage – Westliche Industrieländer: Aufschwung in kritischer Phase

Der Wirtschaftsaufschwung hatte in der ersten Jahreshälfte ein Ausmaß angenommen, das zu der Hoffnung berechtigte, die Selbstverstärkungskräfte würden sich durchsetzen und auf eine Verstetigung des Wachstumsprozesses hinwirken. Seit der Sommerpause hat indes die Expansion in den meisten Ländern noch nicht wieder das Tempo erreicht, das den Konjunkturprognosen entspricht. Zwar wurde damit gerechnet, dass sich das Wachstum etwas verlangsamen würde, da die starken expansiven Effekte der Lagerbewegung sich abschwächen und schließlich wegfallen mussten. Es war aber ebenfalls erwartet worden, dass die Bereitschaft zur Anlageinvestition sich verstärken werde. In den meisten Ländern sind die Anlageinvestitionen bisher jedoch nicht im erwarteten Ausmaß gestiegen. [...]

Gelingt es der Regierung nicht, die „scala mobile“, den automatischen Teuerungsausgleich, für die mittleren und höheren Einkommen auszusetzen, so dürften alle Hoffnungen auf eine Begrenzung des Preisanstiegs und eine allmähliche Zunahme der Investitionen enttäuscht werden.

aus dem Wochenbericht Nr. 50 vom 16. Dezember 1976

Weltwirtschaft nimmt etwas Fahrt auf

Von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Christian Dreger, Hella Engerer, Stefan Gebauer, Michael Hachula und Malte Rieth

Die Weltwirtschaft kommt wieder etwas mehr in Schwung. Nachdem die Expansion in der ersten Jahreshälfte äußerst verhalten war, weil vor allem die Schwellenländer auf der Bremse standen, gab es zuletzt eine leichte Beschleunigung. Diese Entwicklung dürfte sich fortsetzen, wovon zunehmend auch die entwickelten Volkswirtschaften profitieren. Dort hellt sich die Lage am Arbeitsmarkt auf, was eine hohe Konsumnachfrage nach sich zieht. Diese bleibt eine Hauptstütze des Wachstums. Aufgrund besserer Absatzmöglichkeiten wird sich die bisher schwache Investitionstätigkeit der Unternehmen wohl etwas beleben. Der Anstieg der weltweiten Wirtschaftsleistung dürfte in diesem Jahr damit bei 3,3 Prozent liegen und in den kommenden beiden Jahren noch etwas höher ausfallen. Unterstützt wird diese Entwicklung von der Finanzpolitik, während die Geldpolitik im Zuge weiterer Zinsanhebungen in den USA global eher restriktiver ausgerichtet sein dürfte. Die Risiken sind indes nach wie vor beträchtlich – insbesondere in Europa, wo die politische Unsicherheit unter anderem aufgrund der Brexit-Entscheidung und anstehender Wahlen in wichtigen EU-Mitgliedsländern hoch ist.

Die Weltwirtschaft nimmt etwas Fahrt auf. Nach einer schwachen ersten Jahreshälfte hat sich die globale Produktion im dritten Quartal merklich ausgedehnt. Vor allem in den entwickelten Volkswirtschaften kam die Wirtschaft zuletzt mehr in Schwung (Abbildung 1). Im Prognosezeitraum dürfte die Expansion ihr Tempo beibehalten; insbesondere in den USA bleibt das Wachstum kräftig. In Europa belasten verschiedene politische Unsicherheiten die Entwicklung zwar, insgesamt dürfte die Wirtschaft des Euroraums aber mit ähnlichen Raten expandieren wie zuletzt. Zudem wird die Produktion in Brasilien und Russland nicht weiter schrumpfen; für China ist mit leicht geringeren Wachstumsraten zu rechnen als zuletzt. Der Anstieg der globalen Jahreswirtschaftsleistung dürfte in diesem Jahr damit – etwas höher als zuletzt prognostiziert – bei 3,3 Prozent liegen. In den kommenden beiden Jahren wird die Zuwachsrate jeweils leicht steigen (Tabelle).

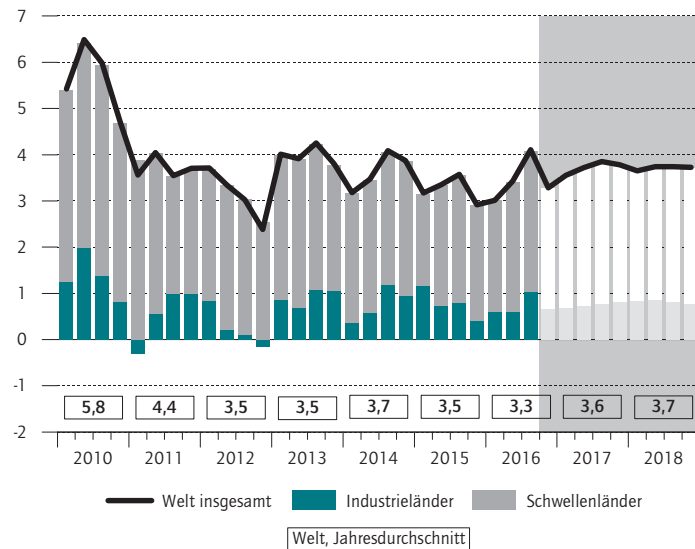
Während die Weltwirtschaft im Winterhalbjahr 2015/2016 durch die verhaltene Konjunktur in den Schwellenländern gebremst wurde, setzte sich die dort bereits im zweiten Quartal einsetzende leichte Beschleunigung im dritten Quartal fort. Davon profitierten die entwickelten Volkswirtschaften. In diesen kam – bei einer sich mehr und mehr aufhellenden Lage am Arbeitsmarkt – eine weiterhin hohe Konsumnachfrage hinzu. Sie wird auch künftig eine Hauptstütze des Wachstums bleiben. Aufgrund besserer Absatzmöglichkeiten und global anziehender Preise dürfte die bisher schwache Investitionstätigkeit der Unternehmen etwas an Schwung gewinnen.

In den Schwellenländern dürfte das gegenwärtige Wachstumstempo gehalten werden, bei allerdings gegenläufigen länderspezifischen Entwicklungen. So werden sich die stärkere Binnenorientierung der chinesischen Wirtschaft und die Reduzierung staatlicher Unterstützung in leicht geringeren Wachstumsraten in Südostasien bemerkbar machen. Brasilien dürfte auch im Zuge abnehmender politischer Unsicherheit die Rezession hinter sich lassen, und für Russland ist mit einer leichten

Abbildung 1

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts

In Prozent, Prozentpunkten



Quellen: Nationale statistische Ämter; Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Die Weltwirtschaft kommt etwas in Fahrt.

Konjunkturbelebung zu rechnen, auch aufgrund eines etwas steigenden Ölpreises.

Die Geldpolitik dürfte global primär wegen der besseren Konjunktur in den USA weniger expansiv ausgerichtet sein. Die US-Notenbank wird im Prognosezeitraum angesichts der sich fortsetzenden Verbesserung am Arbeitsmarkt und anziehender Inflationsraten die Zinsen moderat erhöhen. Das steigende Zinsniveau in den USA dürfte eine restriktivere geldpolitische Ausrichtung in den Schwellenländern nach sich ziehen. Die Zentralbanken in Europa und Japan werden wohl anhaltend stimulierend agieren. Die Finanzpolitik wird etwas expansiver ausgerichtet sein als zuletzt. Zwar werden in China die Konjunkturprogramme zurückgefahren, insbesondere für die USA ist nach dem Regierungswechsel aber mit stimulierenden Maßnahmen zu rechnen.

Es besteht eine Reihe von Risiken für die Weltwirtschaft. In Europa bleibt die politische Unsicherheit hoch; hierzu tragen die Brexit-Entscheidung, Parlamentswahlen in wichtigen EU-Mitgliedsländern im Jahr 2017, strukturelle Probleme im – vor allem italienischen – Bankensektor und allgemeine politische Desintegrationstenden-

Tabelle

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft

In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in Prozent			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent											
	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018
Euroraum	1,9	1,6	1,5	1,6	0,0	0,2	1,2	1,3	10,9	10,1	9,6	9,3
ohne Deutschland	2,1	1,5	1,5	1,6	-0,1	0,1	1,1	1,3	13,8	12,8	12,2	11,9
Frankreich	1,2	1,2	1,3	1,5	0,1	0,2	1,2	1,4	10,4	10,1	9,8	9,7
Spanien	3,2	3,2	2,2	2,1	-0,5	-0,4	1,2	1,4	22,1	19,6	17,9	17,0
Italien	0,6	0,8	1,0	1,2	0,1	0,1	1,0	1,0	11,9	11,4	10,9	10,9
Niederlande	2,0	1,9	1,8	1,9	0,2	0,2	1,0	1,1	6,9	6,2	6,2	6,0
Vereinigtes Königreich	2,2	2,0	1,0	1,8	0,0	0,6	2,6	2,0	5,3	5,0	5,5	5,5
USA	2,6	1,6	2,4	2,6	0,1	1,2	1,9	2,0	5,3	4,9	4,5	4,4
Japan	0,6	0,7	0,5	0,5	0,8	-0,3	0,1	0,4	3,4	3,2	3,2	3,2
Südkorea	2,6	2,9	2,6	2,7	0,7	0,9	2,0	2,7	3,6	3,6	3,0	3,0
Mittel- und Osteuropa	3,7	3,0	3,4	3,5	-0,4	-0,3	1,1	1,6	7,3	6,3	5,8	5,4
Türkei	4,0	3,0	2,7	3,1	7,7	7,7	7,6	7,4	10,3	10,7	11,4	11,2
Russland	-3,7	-0,7	1,2	1,9	15,5	6,7	4,5	4,1	5,6	5,6	5,6	5,5
China	6,5	6,5	6,2	5,8	-0,6	0,5	2,5	4,5	4,1	4,1	4,1	4,1
Indien	7,4	7,3	7,0	6,9	1,0	3,3	6,0	6,1				
Brasilien	-3,9	-3,1	0,4	1,5	9,0	8,5	5,7	5,7	8,3	11,2	12,4	10,6
Mexiko	2,6	1,9	2,2	2,3	2,7	2,7	3,3	3,2	4,4	4,2	4,8	4,8
Industrieländer	2,1	1,6	1,8	2,0	0,2	0,7	1,6	1,6	6,3	5,9	5,6	5,5
Schwellenländer	4,5	4,6	5,0	5,0	2,9	3,0	3,9	4,8	5,3	5,6	5,7	5,5
Welt	3,5	3,3	3,6	3,7	1,7	2,0	2,9	3,5	5,8	5,7	5,7	5,5

Quellen: Nationale statistische Ämter; Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

zen bei. Zudem stellt von der künftigen US-Regierung möglicherweise ausgehender Protektionismus ein Risiko für den Welthandel und damit für die Konjunktur dar.

USA

In den Vereinigten Staaten hat das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal kräftig, um annualisiert 3,2 Prozent, zugelegt. Die private Konsumnachfrage ist wie in den vorhergehenden Quartalen deutlich gestiegen, während die Unternehmensinvestitionen immer noch stagnierten. Zudem legten die Exporte im Zuge der Belebung der Weltwirtschaft stärker zu als die Importe; ein bedeutender Teil des kräftigen Exportwachstums ist aber auf außergewöhnlich hohe Ausfuhren von Sojabohnen wegen Ernteausfällen in Südamerika zurückzuführen.

Im Prognosezeitraum wird die US-Wirtschaft vor dem Hintergrund einer weiterhin robusten Konsumnachfrage und wieder etwas zulegender Investitionen deutlich expandieren. Eine stimulierende Wirkung dürfte schon kurzfristig von der Finanzpolitik der künftigen Regierung ausgehen. Unterstellt wird hier, dass Steuersenkungen für Haushalte und Unternehmen sowie eine Erhöhung der Infrastruktur- und Verteidigungsausgaben umgesetzt werden; die stimulierende Wirkung dieser Maßnahmen dürfte gegen Ende des Jahres 2017 einsetzen. Vor diesem Hintergrund wird sich die Lage am Arbeitsmarkt weiter verbessern. Die Arbeitslosenquote hatte sich in den vergangenen Jahren laufend reduziert und lag im November bei 4,6 Prozent. Im Zuge dieser Entwicklungen werden sich die im Trend leicht steigenden verfügbaren Einkommen im Prognosezeitraum erhöhen und den privaten Verbrauch sowie den Wohnungsbau stützen. Angesichts der stetigen Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und einer wieder etwas anziehenden Inflation dürfte die US-Notenbank ihre Leitzinsen schrittweise anheben. Alles in allem legt die US-Wirtschaft im Jahr 2016 wohl um 1,6 Prozent zu. In den Jahren 2017 und 2018 dürfte die Wachstumsrate bei 2,4 und 2,6 Prozent liegen.

Japan

In Japan stieg das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal um 0,5 Prozent. Zur besseren Konjunktur trug vor allem der Außenhandel bei. Positive Impulse kamen auch vom Wohnungsbau und Staatsverbrauch. Wegen der schwachen Lohnentwicklung stagnierte indes der private Verbrauch. Auch die Investitionstätigkeit hat sich nicht belebt. Angesichts einer geringen Inlandsnachfrage sind die Konsumentenpreise erneut gefallen. Die lockere Geldpolitik hat trotz negativer Zinsen die Deflationstendenzen nicht durchbrechen können.

Die Aussichten bleiben eingetrübt. Konjunkturelle Frühindikatoren wie das Konsumentenvertrauen und der

Tankan-Index der Unternehmen liegen auf niedrigen Werten. Allerdings hat der Yen gegenüber dem US-Dollar seit der US-Präsidentenwahl an Wert verloren, nachdem er zuvor deutlich aufgewertet hatte. Dies dürfte im weiteren Verlauf helfen, die Deflation einzudämmen und die Exporte etwas anzuschieben. Alles in allem wird die japanische Volkswirtschaft in diesem wie auch in den kommenden beiden Jahren wohl um jeweils 0,5 Prozent wachsen.

China

In China ist die Produktion im dritten Quartal um zwei Prozent gestiegen. Die Entwicklung wurde in erster Linie von der Konsumnachfrage getrieben; die privaten Haushalte haben ihre Verbrauchsausgaben leicht überdurchschnittlich ausgedehnt. Trotz bestehender Überkapazitäten in vielen industriellen Sektoren zogen die Investitionen etwas an, was allerdings auch auf die höheren Ausgaben für Infrastrukturprogramme und die expandierende Immobiliennachfrage zurückzuführen ist.

Die Frühindikatoren lassen eine robuste Konjunktur erwarten, wenn auch mit etwas geringeren Wachstumsraten als zuletzt. So deuten die Einkaufsmanagerbefragungen für das verarbeitende Gewerbe auf eine Zunahme der Geschäftsaktivitäten hin. Während insbesondere Firmen, die auf dem Binnenmarkt tätig sind, die Aussichten günstiger bewerten, wird das Auslandsgeschäft zurückhaltender eingeschätzt. Die Einkaufsmanagerindizes im Dienstleistungsbereich liegen weiterhin deutlich über der Expansionsschwelle.

Im weiteren Verlauf sind bei einer Festigung der Konjunktur in den Industrieländern stabile Exportzuwächse zu erwarten. Die Entwicklung bei den Investitionen wird durch die vorhandenen Überkapazitäten gebremst. Schließlich werden die Konsumausgaben durch die hohen Lohnzuwächse angeschoben. Alles in allem dürfte die Produktion in den kommenden beiden Jahren um 6,1 und 5,8 Prozent expandieren, nach 6,5 Prozent im laufenden Jahr.

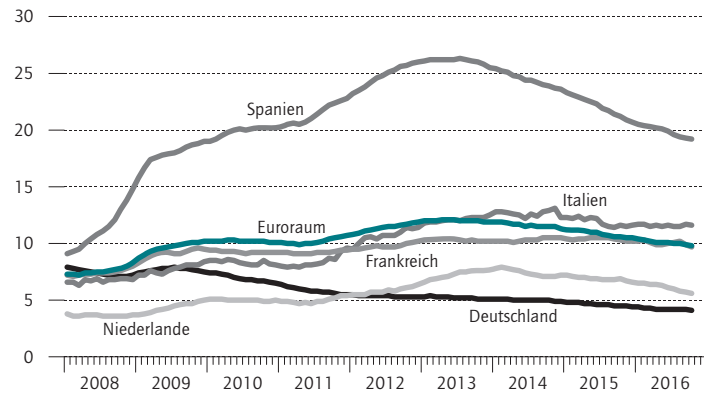
Euroraum

Das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum legte im dritten Quartal um 0,3 Prozent zu und behielt damit sein moderates Expansionstempo bei. Eine wichtige Stütze der wirtschaftlichen Erholung in diesem Jahr war der private Konsum, der von einem Anstieg der real verfügbaren Einkommen, bedingt durch niedrige Energiepreise und einen stetigen Beschäftigungsaufbau, profitierte. Im Prognosezeitraum dürfte er ein wichtiger Wachstumstreiber bleiben, aber nicht an Dynamik gewinnen. Die Arbeitslosigkeit ging in vielen Mitgliedsländern zuletzt nur langsam zurück (Abbildung 2) und der Beschäfti-

Abbildung 2

Arbeitslosenquoten im Euroraum

In Prozent



Quelle: Eurostat.

© DIW Berlin 2016

Die Arbeitslosenquoten im Euroraum gehen nur langsam zurück.

gungsaufbau beschleunigte sich nicht. Bei moderaten Lohnzuwächsen dürften zudem leicht steigende Energiepreise die Kaufkraftgewinne der Haushalte bremsen.

Die Investitionen werden in den nächsten Quartalen insgesamt wohl nur wenig zulegen, trotz günstiger Finanzierungsbedingungen und einer Kapazitätsauslastung, die sich in Richtung des Vorkrisenniveaus bewegt. Neben dem anhaltenden Schuldenabbau der Unternehmen in einigen Mitgliedsländern dürfte vor allem die hohe politische Unsicherheit ein Grund hierfür sein. Diese ist zum einen durch den unsicheren Ausgang der Brexit-Verhandlungen bedingt. Zum anderen tragen richtungsweisende Wahlen in wichtigen Mitgliedsländern im Jahr 2017 und der Ausgang des Verfassungsreferendums in Italien dazu bei.¹

Die Ausfuhren dürften – auch weil das Vereinigte Königreich weniger Güter und Dienstleistungen nachfragt – im nächsten Jahr an Dynamik verlieren. Im weiteren Verlauf ist jedoch aufgrund einer sich erholenden Weltkonjunktur wieder mit etwas anziehenden Exportwachstumsraten zu rechnen. Gleichzeitig dürften sich die Importe bedingt durch die inländische Nachfrage zunächst robuster als die Exporte entwickeln, im weiteren Verlauf dann mit ähnlicher Geschwindigkeit.

¹ In dieser Prognose wird für Italien nach dem Rücktritt des Ministerpräsidenten unterstellt, dass sich die wesentlichen (finanz-)politischen Rahmenbedingungen im Prognosezeitraum unter einer Übergangsregierung beziehungsweise einer neuen Regierung nicht ändern.

Die Inflationsrate lag in den letzten Monaten nicht mehr im negativen Bereich und wird im Prognosezeitraum unter der Annahme leicht steigender Energiepreise weiter zunehmen. Auch Ende 2018 wird sie allerdings wohl unter dem Inflationsziel der Europäischen Zentralbank liegen, da sich die Produktionslücke nur langsam schließt und die Arbeitslosigkeit erst allmählich zurückgeht. Daher dürfte die Geldpolitik weiterhin expansiv ausgerichtet bleiben. So hat die Europäische Zentralbank angekündigt, ihr Anleihekaufprogramm mindestens bis Dezember 2017 fortzusetzen. Die Finanzpolitik war dagegen im laufenden Jahr in etwa neutral ausgerichtet. Es wird angenommen, dass dies auch im Prognosezeitraum so bleibt.

Insgesamt dürfte die Wirtschaftsleistung des Euroraums im laufenden Jahr um 1,6 Prozent zulegen; für 2017 wird ein Wachstum von 1,5 Prozent und für 2018 von 1,6 Prozent erwartet.

Vereinigtes Königreich

Das Bruttoinlandsprodukt im Vereinigten Königreich ist im dritten Quartal, also dem ersten Vierteljahr nach der Brexit-Entscheidung vom 23. Juni, mit 0,5 Prozent unerwartet kräftig gestiegen. Insbesondere der private Konsum erwies sich – wie in den Vorquartalen – als Konjunkturstütze. Dies spiegelte sich in einer Expansion im Dienstleistungssektor wider. Während die Exporte moderat zulegen konnten, führte ein Rückgang der Importe zu einem steigenden Handelsbilanzsaldo.² Die schwächeren Einfuhren waren wohl vor allem durch die unmittelbar nach dem Referendum einsetzende deutliche Abwertung des britischen Pfunds bedingt. Hiervon dürfte der Import von Zwischenprodukten betroffen gewesen sein; darauf deutet der Rückgang der Industrieproduktion hin.

Im Prognosezeitraum wird der Wertverlust der britischen Währung wohl zu einem merklichen Anstieg der Konsumentenpreise führen, sodass für die kommenden Quartale mit einer geringeren Zunahme des privaten Konsums zu rechnen ist. Hierauf deutet ein seit September anhaltender Rückgang des Konsumentenvertrauens hin. Die schwache private Nachfrage wird die Investitionstätigkeit wohl belasten; diese dürfte aufgrund der anhaltenden Unsicherheit im Zuge der Brexit-Verhandlungen in den kommenden Quartalen ohnehin rückläufig sein. Durch die geringen Investitionen und den schwachen Außenwert des Pfunds dürften die Importe vorerst weiter zurückgehen und sich erst

² Eine am 6. Dezember 2016 veröffentlichte Mitteilung des Office for National Statistics weist allerdings darauf hin, dass in der Außenhandelsstatistik Revisionen vorgenommen werden, die den Handelsbilanzsaldo verringern. Die revidierten Zahlen lagen zum Zeitpunkt der Prognose noch nicht vor.

im Verlauf des Prognosezeitraums wieder erholen. Dabei ist hier unterstellt, dass sich in den kommenden Quartalen ein Ausgang der Brexit-Verhandlungen abzeichnet, bei dem die wirtschaftlichen Beziehungen mit der Europäischen Union nicht maßgeblich eingeschränkt werden.

Während die britische Wirtschaft im laufenden Jahr um 2,0 Prozent zulegen dürfte, ist für das Jahr 2017 nur mit einem Wachstum von 1,0 Prozent zu rechnen. Im Jahr 2018, wenn die politischen Unsicherheiten abgenommen haben, wird das Bruttoinlandsprodukt wohl wieder stärker, um 1,8 Prozent, wachsen.

Mittel- und Osteuropa

In Mittel- und Osteuropa hat sich das Wachstum im dritten Quartal abgeschwächt. Dies ist vor allem auf eine geringere Investitionstätigkeit zurückzuführen. So sind Investitionsprojekte aus der neuen EU-Förderlinie bis zum Jahr 2020 noch in der Anlaufphase und die Absorptionsquote war daher zunächst gering. Dies äußerte sich in den meisten Ländern in einer schwachen Bautätigkeit. Das Wachstum in der Region wird bei sinkender Arbeitslosigkeit und zunehmenden Reallöhnen weiterhin durch den privaten Konsum gestützt. Dabei macht sich in Polen die deutliche Erhöhung des Kindergelds bemerkbar. Leichte Impulse kamen auch noch vom Außenhandel. Zuletzt deutet der Einkaufsmanagerindex, der für Polen und Tschechien jeweils über der Expansionsschwelle liegt, auf eine kräftige konjunkturelle Entwicklung hin. Im weiteren Verlauf wird in der Region bei stärkerer, aber noch geringer Preissteigerung sowie niedrigen Zinsen die Konsumtätigkeit stark bleiben, sodass die Investitionen anziehen dürften. Zu erwarten ist auch eine wieder verstärkte Inanspruchnahme der Kofinanzierung von EU-Projekten. Angesichts der steigenden Inlandsnachfrage werden wohl die Importe stärker als die Exporte zulegen. Insgesamt dürf-

te das Wachstum in der Region dieses Jahr bei drei Prozent und in den beiden kommenden Jahren bei etwa 3,5 Prozent liegen.

Russland

Der Schrumpfungsprozess der russischen Wirtschaft kommt offenbar zum Stillstand. Das Bruttoinlandsprodukt ist in den ersten zehn Monaten zwar noch um 0,7 Prozent gegenüber der Vorjahresperiode gesunken. Dabei ging die Bautätigkeit deutlich zurück. Die Industrieproduktion stieg indes leicht, darunter die Energiegewinnung, nicht aber die Produktion im verarbeitenden Gewerbe. Die Inlandsnachfrage wurde von der in den ersten drei Quartalen insgesamt rückläufigen Investitionstätigkeit gedämpft; im dritten Quartal sind die Investitionen gegenüber dem Vorquartal jedoch wieder leicht gestiegen. Der Einzelhandelsumsatz ging bei sinkenden Realeinkommen und steigender Arbeitslosigkeit in den ersten drei Quartalen ebenfalls zurück. Das Konsumentenvertrauen hat sich im dritten Quartal indes weiter verbessert, sodass die Kaufzurückhaltung im weiteren Verlauf etwas abnehmen dürfte. Im Oktober lag zudem der Einkaufsmanagerindex für das verarbeitende Gewerbe über der Expansionsschwelle. Vom Außenhandel gingen kaum Impulse aus: In den ersten drei Quartalen sind die wertmäßigen Warenexporte, vor allem bedingt durch den Rückgang des Ölpreises, um mehr als ein Fünftel gesunken, während sich der Rückgang der Warenimporte, der auch Folge der Sanktionen gegenüber Russland sowie des russischen Importverbots ist, deutlich verlangsamt. Im Quartalsvergleich zeigt sich zuletzt ein Anstieg vor allem der Importe. Die Zentralbank setzt ihre leicht restriktive Geldpolitik fort. Sie hat bei rückläufiger Inflationsrate den Leitzins im September nur leicht gesenkt und angekündigt, weitere Senkungen erst 2017 vorzunehmen. Insgesamt wird die Wirtschaftsleistung in diesem Jahr noch zurückgehen und in den beiden kommenden Jahren bei leicht steigendem Ölpreis wieder steigen.

Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | ffichtner@diw.de

Guido Baldi ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Christian Dreger ist Forschungsdirektor International Economics am DIW Berlin | cdreger@diw.de

Hella Engerer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt am DIW Berlin | hengerer@diw.de

Stefan Gebauer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sgebauer@diw.de

Michael Hachula ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mhachula@diw.de

Malte Rieth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin | mrieth@diw.de

GLOBAL ECONOMY PICKING UP

Abstract: The world economy is gaining momentum after sluggish growth in the first half 2016 – primarily due to a weak expansion in the emerging markets – gave way to a slight acceleration. This trend is likely to continue, and will increasingly benefit the developed economies as well. The brightening labor market situation in advanced countries is leading to a higher level of consumer demand, which will remain a primary growth driver. As a result of the improved sales opportunities, the currently weak corporate investment activity should pick up again. The growth of global

economic output is expected to amount to 3.3 percent this year, and is expected to be slightly higher in the coming two years. This development will be supported by fiscal policy, while monetary policy is likely to become more contractionary globally in the course of further U.S. interest rate hikes. There remain significant risks, however – especially in Europe, where political uncertainty is high due to the Brexit decision and the upcoming elections in key EU member states, among other factors.

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Economic Bulletin 50/2016 :

www.diw.de/econbull



Deutsche Wirtschaft setzt Aufschwung fort – trotz schwächeren Beschäftigungsaufbaus

Von Ferdinand Fichtner, Karl Brenke, Marius Clemens, Simon Junker, Claus Michelsen, Maximilian Podstawski, Thore Schlaak und Kristina van Deuverden

Die deutsche Wirtschaft setzt in weiterhin schwierigem Umfeld ihre Aufwärtsbewegung fort und dürfte im kommenden Jahr mit 1,2 Prozent etwas schwächer wachsen als 2016 (1,8 Prozent); dies liegt jedoch vor allem an der geringeren Zahl an Arbeitstagen. Im Jahr 2018 werden es voraussichtlich 1,6 Prozent sein. Trotz eines flachen Beschäftigungsaufbaus seit Sommer 2016 bleibt der private Verbrauch Wachstumstreiber. Angesichts höherer Inflation schwächt sich die Dynamik im Weiteren aber ab. Die Exporte legen im Fahrwasser einer sich etwas erholenden Weltkonjunktur etwas stärker zu, vor allem im späteren Verlauf, und regen dann auch die Investitionstätigkeit an. Diese bleibt aber alles in allem recht verhalten.

Der Aufwärtstrend der deutschen Wirtschaft bleibt intakt und die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten sind leicht überausgelastet. Die wirtschaftliche Dynamik hat sich jedoch jüngst abgeschwächt (Tabelle 1) und dürfte auch zum Jahresausklang nur moderat zulegen. Das Wachstum dürfte in diesem Jahr bei 1,8 Prozent liegen und im kommenden – vor allem wegen einer geringeren Zahl an Arbeitstagen – mit 1,2 Prozent schwächer ausfallen (Tabelle 2). Die Wachstumsrate für das kommende Jahr wird somit gegenüber der Prognose vom Herbst leicht nach oben angepasst; dies liegt auch daran, dass sich die dämpfenden Effekte des Brexit-Votums nach derzeitiger Indikatorenlage etwas geringer darstellen als damals. Für das Jahr 2018 ist ein Wachstum von 1,6 Prozent zu erwarten.

Im Prognosezeitraum bleibt der private Verbrauch der Wachstumstreiber; allerdings dürfte er im weiteren Verlauf an Tempo verlieren (Abbildung 1). Der Beschäftigungsaufbau setzt sich fort, wenngleich er sich seit Sommer abgeflacht hat und sich im Prognosezeitraum verhaltener als in den vergangenen Jahren entwickeln dürfte. Weil sich demografisch bedingt die Zahl der Erwerbspersonen schwächer aufbaut, legen die Löhne stärker zu. Die Arbeitslosenquote dürfte von 6,1 Prozent in diesem Jahr über 5,9 Prozent im kommenden Jahr auf 5,8 Prozent im Jahr 2018 sinken. Die Entwicklung der realen Einkommen wird durch die höhere Teuerung gedämpft: die Inflation dürfte in den kommenden beiden Jahren rund einen Prozentpunkt höher liegen als in diesem Jahr, bei dann etwa eineinhalb Prozent.

Die Importe dürften weiter steigen und ab der zweiten Jahreshälfte 2017 im Zuge anziehender Exporte sogar noch etwas Fahrt aufnehmen. Durchweg entwickeln sie sich, vor allem aufgrund der merklichen Ausweitung des Konsums, dynamischer als die Ausfuhren. Diese dürften zunächst nur verhalten steigen, denn vorübergehend belastet die schwächere Auslandsnachfrage infolge des Brexit-Votums. Ab der zweiten Jahreshälfte 2017 dürften die Exporte aber von der sich erholenden Weltkonjunktur profitieren. Die Leistungsbilanz

Tabelle 1

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent, saison- und kalenderbereinigt

	2016				2017				2018			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	0,6	0,2	0,4	0,6	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Öffentliche Konsumausgaben	1,1	1,2	1,0	-0,5	1,2	0,9	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4
Bruttoanlageinvestitionen	1,6	-1,6	0,0	0,8	0,8	0,8	0,9	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7
Ausrüstungen	1,1	-2,3	-0,6	1,0	0,8	0,8	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1	1,1
Bauten	2,3	-1,9	0,3	0,7	0,8	0,9	0,9	0,8	0,4	0,4	0,4	0,4
Sonstige Investitionen	0,9	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Lagerveränderung ¹	-0,2	-0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,7	-0,1	0,5	0,4	0,6	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Außenbeitrag ¹	0,0	0,5	-0,3	-0,1	-0,1	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Export	1,4	1,2	-0,4	0,8	0,4	0,5	0,7	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0
Import	1,5	0,1	0,2	1,2	0,7	0,8	0,9	1,0	1,0	1,0	1,1	1,1
Bruttoinlandsprodukt	0,7	0,4	0,2	0,3	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4

¹ Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, Prognose ab dem vierten Quartal 2016.

© DIW Berlin 2016

Tabelle 2

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	0,5	1,6	1,7	1,8	1,2	1,6
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	42.328	42.662	43.057	43.497	43.740	44.016
Erwerbslose, ILO (1 000 Personen)	2.182	2.092	1.949	1.797	1.728	1.655
Arbeitslose, BA (1 000 Personen)	2.950	2.898	2.795	2.691	2.618	2.566
Erwerbslosenquote, ILO ²	5,2	5,0	4,6	4,2	4,0	3,8
Arbeitslosenquote, BA ²	6,9	6,7	6,4	6,1	5,9	5,8
Verbraucherpreise ³ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	1,5	0,9	0,2	0,5	1,4	1,5
Lohnstückkosten ⁴ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	1,8	1,7	1,5	1,4	1,7	1,7
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
In Milliarden Euro	-5,4	8,6	20,9	26,0	4,1	-1,2
In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (in Prozent)	-0,2	0,3	0,7	0,8	0,1	0,0
Leistungsbilanzsaldo in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (in Prozent)	6,7	7,3	8,3	9,0	8,5	8,4

¹ In Preisen des Vorjahres.² Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) beziehungsweise die zivilen Erwerbspersonen (BA).³ Verbraucherpreisindex.⁴ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde.⁵ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen des DIW Berlin; 2016 bis 2018: Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

wird in diesem Jahr wohl einen Überschuss in Höhe von neun Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt aufweisen; hierzu tragen allerdings auch die im Durchschnitt des Jahres massiv gesunkenen Ölpreise bei (Tabelle 3). In den kommenden beiden Jahren dürfte der Überschuss etwa einen halben Prozentpunkt niedriger liegen.

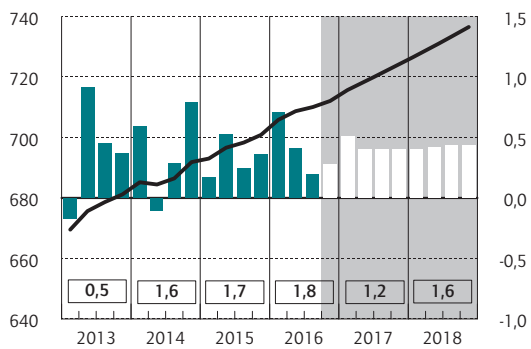
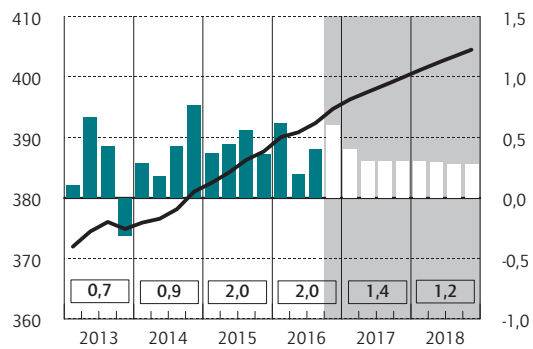
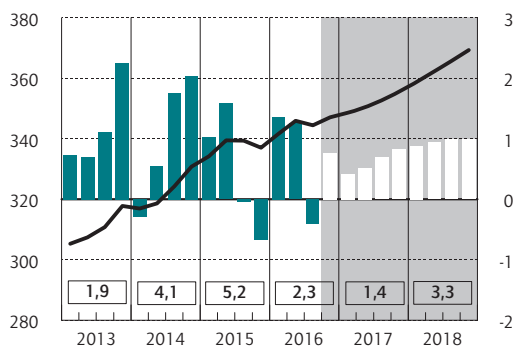
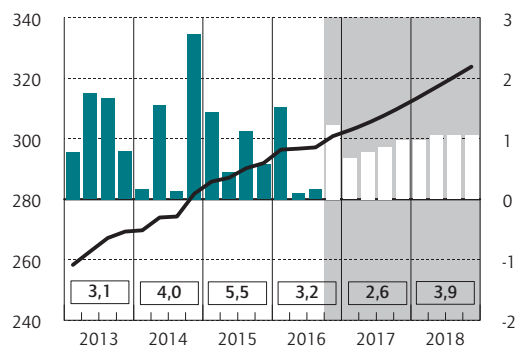
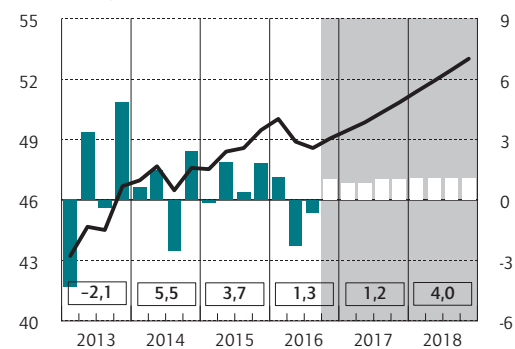
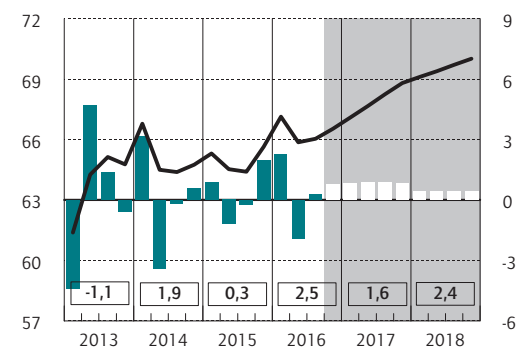
Im Sommerhalbjahr dieses Jahres waren die Unternehmensinvestitionen deutlich zurückgefahren worden,

dürften aber, auch angesichts der wieder steigenden Ausfuhren und ausgelasteter Kapazitäten im verarbeitenden Gewerbe, eine Aufwärtsbewegung einschlagen. Da das internationale Umfeld vorerst durch hohe Unsicherheit geprägt bleibt, dürfte sich die Investitionstätigkeit der Unternehmen zunächst verhalten entwickeln. Erst im späteren Verlauf, im Zuge der sich etwas belebenden Weltkonjunktur, wird sie wohl ein etwas höheres, aber immer noch moderates Tempo aufweisen. Die Wohnungsbautätigkeit nimmt weiter kräftig zu.

Abbildung 1

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

Bruttoinlandsprodukt**Konsumausgaben der privaten Haushalte****Exporte****Importe****Ausrüstungsinvestitionen****Bauinvestitionen**

— Verkettete Volumenangaben in Milliarden Euro (linke Skala)
 ■ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent (rechte Skala)
 ■ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (Ursprungswerte)

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, Prognose ab dem vierten Quartal 2016.

© DIW Berlin 2016

Insgesamt wächst die deutsche Wirtschaft damit weiterhin in etwa auf ihrem Potenzialpfad. Das Potenzial wächst bis zum Jahr 2025, nach der hier verwendeten

Methode, um jahresdurchschnittlich eineinhalb Prozent – trotz der mittelfristig zunehmend altersbedingt schrumpfenden Bevölkerung im erwerbsfähigen Al-

Tabelle 3

Annahmen dieser Prognose

		2016	2017	2018
EZB-Leitzins	Prozent	0,0	0,0	0,0
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	-0,3	-0,2	-0,1
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit 10-jähriger Restlaufzeit	0,7	1,0	1,1
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit 10-jähriger Restlaufzeit	0,1	0,4	0,7
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,11	1,10	1,10
Tarifliche Stundenlöhne	Änderung gegenüber Vorjahr in Prozent	2,1	2,4	2,8
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	44,4	47,6	49,5
Erdölpreis	Euro/Barrel	39,9	43,4	45,2

© DIW Berlin 2016

ter. Dabei wird die wirtschaftliche Entwicklung wieder stärker durch den Außenbeitrag getrieben.

Die öffentlichen Haushalte werden im laufenden Jahr einen Überschuss von 26 Milliarden Euro erzielen. Bereits im kommenden Jahr wird dieser aber deutlich zurückgehen. Dazu trägt neben einigen Sonderfaktoren die seit Sommer 2016 etwas verhaltenere Beschäftigungsentwicklung bei. Im Jahr 2018 dürfte der öffentliche Gesamthaushalt aufgrund der Finanzentwicklung

bei den Sozialversicherungen sogar ein leichtes Defizit aufweisen.¹

Es besteht eine Reihe von Risiken für die Prognose: In Europa bleibt die politische Unsicherheit hoch; hierzu tragen die Brexit-Entscheidung, Parlamentswahlen in wichtigen EU-Mitgliedsländern im Jahr 2017, strukturelle Probleme im – vor allem italienischen – Bankensektor und allgemeine politische Desintegrationstendenzen bei. Zudem stellt von der künftigen US-Regierung möglicherweise ausgehender Protektionismus ein Risiko für den Welthandel und damit insbesondere für die offene deutsche Wirtschaft dar.

Verbraucherpreise steigen wieder stärker

Die Verbraucherpreise werden etwas stärker als zuvor steigen. Zurzeit dominieren die Energiepreise ihre Dynamik. Im laufenden und den kommenden Quartalen ist die Inflationsrate vor allem deshalb hoch, weil die Preise im Winterhalbjahr 2015/2016 sehr niedrig waren. Hinzu kommt die Erhöhung der EEG-Umlage zum Jahresbeginn 2017. In den Folgequartalen geht die Teuerung bei Energie wieder etwas zurück. Im Jahresdurchschnitt steigen die Energiepreise im kommenden Jahr um 1,7 Prozent und im Jahr darauf um 0,8 Prozent, nachdem sie in diesem Jahr um 5,6 Prozent fallen dürften.

Trotz des günstigen konjunkturellen Umfelds dürfte die Kerninflation im kommenden Jahr bei 1,2 Prozent und damit leicht unter dem langjährigen Durchschnitt liegen, da die Unternehmen Kostenersparnisse durch die bis Frühjahr 2016 gesunkenen Energiepreise verzögert an die privaten Haushalte weiterreichen. Im Jahr 2018 dürfte die Kerninflation bei einer kräftigen Lohnentwicklung auf dann 1,5 Prozent anziehen.

Nach 0,5 Prozent in diesem Jahr dürfte die Inflation im kommenden Jahr bei 1,4 Prozent und im Jahr darauf bei 1,5 Prozent liegen (Abbildung 2).

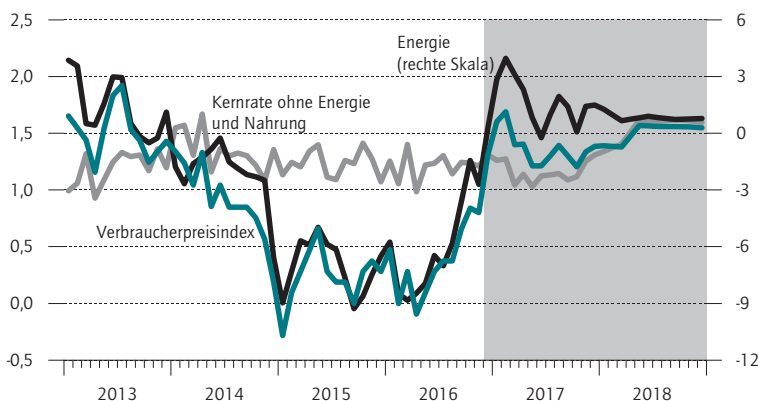
Beschäftigungszuwachs verliert an Dynamik

Seit dem Sommer hat der Beschäftigungsaufbau an Schubkraft eingebüßt. Auch das Erwerbspersonenpotenzial wächst langsamer – nicht zuletzt deshalb, weil sich die Wanderungsgewinne im Bevölkerungsaustausch mit den EU-Staaten abschwächen. Zunehmend macht sich allerdings inzwischen die bis zum Frühjahr sehr starke Asylzuwanderung auf dem Ar-

Abbildung 2

Teuerungsraten nach dem Verbraucherpreisindex

In Prozent gegenüber dem Vorjahr



Quelle: Destatis; Berechnungen des DIW Berlin; Prognose ab dem vierten Quartal 2016.

© DIW Berlin 2016

Die Verbraucherpreise ziehen wieder an.

¹ Vgl. Kristina van Deuverden (2016): Öffentliche Finanzen bis 2025: Nur auf den ersten Blick günstig, DIW Wochenbericht Nr. 50.

beitsmarkt bemerkbar, da mehr und mehr Asylbewerberinnen und Asylbewerber als Flüchtlinge anerkannt werden und somit einen Aufenthaltstitel sowie eine Arbeitserlaubnis erhalten. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen geht kaum noch zurück; ohne die Ausweitung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen wäre sie sogar etwas gestiegen.

Auch nach der Jahreswende wird die Beschäftigung nur mit ruhigem Tempo zulegen. Dabei kommt zum Tragen, dass mit der geringer werdenden Zahl an neuankommenden Flüchtlingen ein weiterer Beschäftigungsaufbau im Sozial- und Bildungsbereich nicht mehr erforderlich ist. Im Verlauf des kommenden Jahres dürfte die Zahl der Erwerbstätigen ab Herbst im Zuge der wieder kräftigeren Auslandsnachfrage etwas stärker zunehmen. Begleitet ist der Beschäftigungsaufbau von einer dynamischeren Entwicklung der Produktivität, da die Industrie wieder etwas Fahrt aufnimmt.

Auch weiterhin wird allein die abhängige Beschäftigung ausgeweitet, während die Zahl der Selbständigen zurückgeht – wenngleich in immer geringerem Maße. Bei der abhängigen Beschäftigung ist nach wie vor zu spüren, dass die Mini-Jobs wegen der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns an Attraktivität verloren haben. Dies begünstigt sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse.

Durch die Zuwanderung hat sich die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter erhöht. Eine steigende Zahl davon wird aber wohl an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnehmen.² Auch deshalb geht im nächsten wie auch im darauffolgenden Jahr die Zahl der amtlich ausgewiesenen Arbeitslosen etwas zurück.

Die Löhne haben zuletzt wieder kräftiger zugelegt – eine Folge tarifvertraglich vereinbarter Anhebungen insbesondere in großen Teilen der Industrie. Dieser Einmal-effekt verliert nunmehr an Bedeutung. Auch die anstehende Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns wird gesamtwirtschaftlich nicht in einen kräftigen Lohnauftrieb münden. Aktuell weisen die bestehenden Tarifvereinbarungen nicht auf eine Beschleunigung der Lohnsteigerungen hin. Angesichts der günstigen Beschäftigungsentwicklung dürfte sich aber die Verhandlungsposition der abhängig Beschäftigten noch mehr verbessern, so dass es ab dem kommenden Frühjahr zu höheren Tariflohnsteigerungen kommen wird. Zudem zieht die außertarifliche Entlohnung kräftig an. Da – auch kalenderbedingt – die pro Kopf geleistete Arbeits-

zeit abnimmt, steigen 2017 und 2018 die Stundenlöhne rascher als die Löhne je Arbeitnehmer.

Privater Verbrauch verliert an Schwung

Der private Verbrauch hat in den vergangenen Quartalen spürbar zugenommen. Dabei hat er insbesondere von den zeitweiligen Kaufkraftschüben infolge der Energiepreiserückgänge profitiert. Zur Jahresmitte 2016 hat die kräftige Rentenanpassung die Einkommen der Haushalte angeschoben; diese dürften auch im laufenden Quartal noch konsumtiv verwendet werden. Im letzten Vierteljahr 2016 wird der Staatskonsum in Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration zurückgehen, dafür werden den nunmehr in größerer Zahl anerkannten Flüchtlingen mehr monetäre Transfers zufließen; dies dürfte im Winterhalbjahr den privaten Verbrauch stimulieren. Hierfür sprechen auch die anhaltend gute Stimmung unter den Dienstleistern, der hohe Einzelhandelsumsatz im Oktober und die positive Verbraucherstimmung. Im weiteren Verlauf dürfte der Konsum der privaten Haushalte aber schwächer ausfallen: Der Beschäftigungsaufbau hat an Schwung verloren und vor allem der Preisauftrieb belastet die Kaufkraft der Haushalte.

Die Lohnsumme entwickelt sich in den Jahren 2016 bis 2018 weiter dynamisch, wenngleich der schwächere Beschäftigungsaufbau in den kommenden Jahren den Zuwachs dämpft. Dem wirken ab dem übernächsten Jahr angesichts zunehmender Knappheiten am Arbeitsmarkt etwas höhere Lohnsteigerungen entgegen. Auch netto legen die Löhne in der Summe deutlich zu, wenngleich etwas weniger dynamisch als brutto: die Abgaben legen merklich zu, wobei vor allem der Anstieg des kumulierten Beitragssatzes zu den Sozialversicherungen belastet. Die monetären Sozialleistungen werden weiter spürbar ausgeweitet; dies liegt auch an den zusätzlichen Leistungen, die anerkannten Flüchtlingen vermehrt zufließen. Im kommenden Jahr ist das Plus bei den Sozialleistungen beträchtlich, da die Rente zur Jahresmitte erneut deutlich angepasst wird, vor allem aber, weil die diesjährige Rentenerhöhung auch im ersten Halbjahr 2017 wirkt. Alles in allem setzt sich der merkliche Anstieg der nominal verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in den drei Jahren des Prognosezeitraums mit jeweils zweieinhalb Prozent stetig fort. Aufgrund der höheren Inflation in den kommenden beiden Jahren – sie dürfte von einem halben Prozent in diesem Jahr auf jeweils eineinhalb Prozent klettern – fällt der Zuwachs beim privaten Konsum jedoch geringer aus.

² Personen, die etwa an Bildungsmaßnahmen der Arbeitsmarktpolitik teilnehmen, stehen zeitweilig dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung und gelten deshalb auch nicht als Erwerbspersonen.

Ausrüstungsinvestitionen bleiben weiter verhalten

Die Investitionen in Ausrüstungen waren nach dem kräftigen Jahresauftakt im Sommerhalbjahr rückläufig. Sowohl die Unternehmen als auch der Staat schafften weniger neue Maschinen, Geräte und Fahrzeuge an. Die Unternehmensinvestitionen dürften dabei auch durch die Unsicherheit in Zusammenhang mit dem Brexit-Referendum und die eingetrübten weltwirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven beeinträchtigt worden sein.

Im laufenden und den kommenden Quartalen wird die Investitionstätigkeit, bei weiterhin moderater Grunddynamik, wieder etwas Fahrt aufnehmen – darauf deuten Inlandsumsätze und die Auftragseingänge bei Investitionsgüterherstellern hin. Im Schlussquartal 2016 ist dies vor allem auf die vermehrte Anschaffung von Fahrzeugen zurückzuführen. Aktuell spricht wenig für Erweiterungsinvestitionen bei Maschinen und Geräten: Nach wie vor besteht laut Order-Capacity-Index nur ein leichter Bestellüberhang. Die Kapazitäten der Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes sind laut ifo Konjunkturtest nur wenig stärker ausgelastet als im langjährigen Durchschnitt. Für ein leichtes Anziehen der Investitionen sprechen allerdings die günstigeren Exportaussichten; mit vermehrten Ausfuhren dürften auch die Kapazitäten stärker ausgelastet werden und zu zusätzlichen Investitionen führen. Auch sind die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen trotz der jüngst leicht anziehenden Zinsen weiterhin sehr vorteilhaft. Jedoch belasten die politischen Unsicherheitsfaktoren weiterhin.

Wohnungsbau bleibt Treiber der Baukonjunktur

Nach der witterungsbedingt äußerst regen Bauproduktion im Winterhalbjahr 2015/2016, hat die Baukonjunktur im Sommer deutlich an Schwung verloren. Gestützt hat lediglich der Wohnungsbau. Die Lagebeurteilung und die Geschäftserwartungen der Wohnungsbauunternehmen sind angesichts der gut gefüllten Auftragsbücher und reger Bestellungen äußerst positiv. Die Rahmenbedingungen sind auch weiterhin vorteilhaft. Gerade in den großen Städten bleibt die Nachfrage nach Wohnimmobilien vor dem Hintergrund der guten Arbeitsmarkt- und Einkommensaussichten und der Zuwanderung hoch. Die leicht anziehenden Zinsen für Wohnungsbaukredite dürften kurzfristig sogar stimulierend wirken und zu einer schnelleren Umsetzung der zuletzt stark gestiegenen Zahl genehmigter Bauvorhaben führen. Daher wird die Wohnungsbautätigkeit im kommenden Jahr kräftig expandieren. Die Dynamik wird im Jahr 2018 – auch angesichts der knapper werdenden Kapazitäten – etwas nachlassen.

Demgegenüber dürfte die Expansion bei Wirtschaftsbauten zunächst verhalten bleiben und erst allmählich anziehen – darauf deuten die geringe Dynamik bei der Genehmigung von Bauvorhaben und die rückläufige Auftragsentwicklung hin. Auch in den Bauunternehmen wird die Geschäftslage etwas weniger positiv eingeschätzt als noch vor einigen Monaten. Allerdings sind die Geschäftserwartungen aufwärtsgerichtet und deuten auf eine anziehende Baukonjunktur im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums hin. Gestützt wird diese auch von zusätzlichen Mitteln aus dem Programm zum Ausbau des Breitbandnetzes.

Dagegen waren die Impulse im öffentlichen Bau zuletzt kräftig – auch im laufenden Quartal ist angesichts der vollen Auftragsbücher mit einer erneut deutlichen Ausweitung der Bauinvestitionen zu rechnen. Zudem stehen im kommenden Jahr erheblich mehr Haushaltsmittel für weitere Bauvorhaben zur Verfügung, sodass die Bautätigkeit weiterhin expandieren dürfte. Dies ist sowohl auf die sich weiter verbessernde Kassenlage als auch auf die zusätzlichen Mittel zur Förderung kommunaler Investitionen zurückzuführen. Im Jahr 2018 kann das erreichte Niveau voraussichtlich aber nicht mehr gehalten werden (Tabelle 4).

Außenhandel schwächelt zunächst

Nach einem deutlichen Zuwachs in der ersten Jahreshälfte gingen die Ausfuhren im dritten Quartal 2016 leicht zurück. In erster Linie wurden weniger Investitionsgüter nachgefragt, die rund die Hälfte der deutschen Warenausfuhren ausmachen. Dabei nahmen die

Tabelle 4

Reale Bauinvestitionen (Veränderung)

In Prozent

	2015	2014	2015	2016	2017	2018
	Anteile in Prozent	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr				
Wohnungsbau	60,4	2,9	1,5	3,6	2,2	3,1
Nichtwohnungsbau	39,6	0,4	-1,4	0,6	0,6	1,2
Gewerblicher Bau	28,0	-0,4	-1,8	-0,8	-0,9	2,2
Öffentlicher Bau	11,6	2,4	-0,4	4,0	4,1	-1,1
Bauinvestitionen	100,0	1,9	0,3	2,5	1,6	2,4

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin;
2016 bis 2018: Prognose des DIW Berlin.

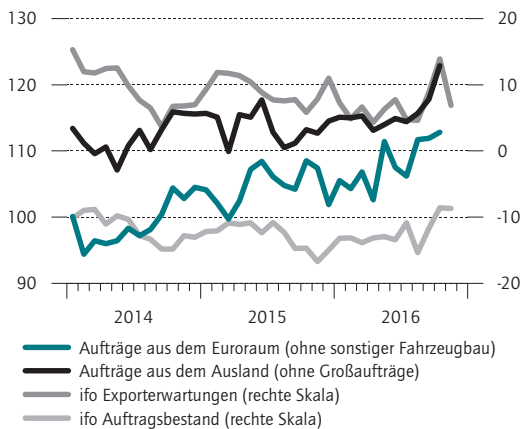
© DIW Berlin 2016

Wohnungsbau bleibt Stütze der Baukonjunktur.

Abbildung 3

Kurzfristige Indikatoren des Außenhandels

Aufträge aus dem Ausland/Euroraum: Index, 2010 = 100
ifo Exporterwartungen/Auftragsbestand: Saldo



Quelle: Datastream; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Die Auftragseingänge aus dem Ausland waren zuletzt deutlich aufwärtsgerichtet, während die ifo Exporterwartungen im letzten Monat nachgaben.

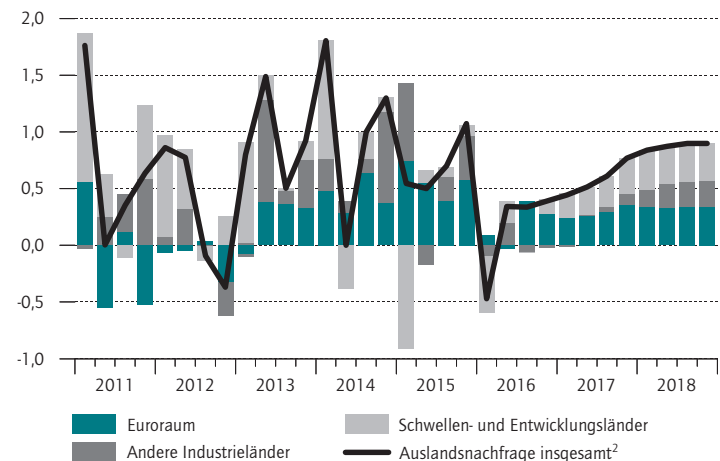
Ausfuhren in die Länder des Europäischen Währungsraums sowie europäischen Nicht-EU-Ländern zu, während die Lieferungen auf die übrigen Absatzmärkte – darunter zum wiederholten Mal die USA – rückläufig waren. Die Exportzahlen vom Oktober deuten zusammen mit den zuletzt deutlich aufwärtsgerichteten Auftrags-eingängen aus dem Ausland (Abbildung 3) auf steigende Ausfuhren im Schlussquartal hin. Insgesamt bleibt der Aufwärtstrend aber zunächst verhalten, gerade weil die Nachfrage aus Europa nicht zuletzt wegen der Brexit-Entscheidung bis zur Jahresmitte eingetrübt bleiben dürfte; zusätzlich belastet die politische Unsicherheit in anderen Ländern der EU. Dafür sprechen auch die zuletzt wieder deutlich gefallenem ifo Exporterwartungen. Anschließend dürften die Exporte im Einklang mit der Auslandsnachfrage (Abbildung 4) wieder langsam an Fahrt gewinnen und im Jahr 2018 mit in etwa gleichbleibendem Tempo expandieren.

Die Einfuhren stagnierten im dritten Quartal 2016: Die Dienstleistungseinfuhren, vor allem bei den Transport- sowie bei den Versicherungsleistungen, gingen zwar deutlich zurück. Dies konnten jedoch leicht zunehmende Wareneinfuhren kompensieren: Insbesondere die Nachfrage nach Kraftwagen und -teilen sowie Energie war ausgesprochen lebhaft, während etwa die Einfuhr von Vorleistungsgütern vor dem Hinter-

Abbildung 4

Auslandsnachfrage¹

Wachstumsbeiträge der Regionen in Prozentpunkten



1 Exportanteilsgewichtete Importe der Handelspartner.
2 Veränderung gegenüber Vorquartal in Prozent

Quelle: Datastream; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Die Brexit-Entscheidung wirkt bis Ende des Jahres 2017 dämpfend auf die Auslandsnachfrage.

grund der schwachen Exportentwicklung nur moderat ausfiel. Im vierten Quartal werden die Importe wohl kräftig zulegen, denn weiterhin expandiert der private Konsum merklich und auch die Ausrüstungsinvestitionen dürften wieder etwas zulegen. Im weiteren Verlauf dürften sie sich etwa wie die Ausfuhren entwickeln, wobei das Expansionstempo auch aufgrund der sich belebenden Ausrüstungsinvestitionen wohl etwas höher liegt. Alles in allem dämpft der Außenhandel rein rechnerisch das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr um knapp zwei Zehntel-Prozentpunkte, im kommenden Jahr um drei Zehntel-Prozentpunkte; im Jahr 2018 ist er neutral.

Die Außenhandelspreise zogen im dritten Quartal erstmals seit über einem Jahr an. Der Anstieg der Rohstoffpreise, insbesondere von Erdöl und -gas oder etwa von Stahl, dürfte in erster Linie hierzu beigetragen haben. Die Teuerung der Vorleistungen wurde von steigenden Ausfuhrpreisen begleitet. Diese Entwicklung dürfte sich zunächst fortsetzen. Da sowohl die Ausfuhr- als auch die Einfuhrpreise eine ähnliche Dynamik aufweisen, dürfte sich das außenwirtschaftliche Tauschverhältnis nur geringfügig ändern. Zwar dürften die Terms of Trade im Jahresdurchschnitt 2016 um 1,6 Prozent steigen; dies ist jedoch den kräftigen Zugewinnen zu Jahresbeginn geschuldet. In den Jahren

Kasten

Produktionspotenzial bis 2025

Der gesamte Projektionszeitraum lässt sich in den üblichen T+5-Zeitraum und den erweiterten T+10-Zeitraum unterteilen. Die T+5 Projektion des Produktionspotenzials wird dabei an die neue Methodik der EU Kommission angepasst.¹ Diese sieht vor, die natürliche Erwerbslosenquote (NAWRU) in der langen Frist zu verankern.² Über den erweiterten Zeitraum orientiert sich die Projektion am T+10-Verfahren, das von der EU Kommission verwendet wird.³

Kapitalstock

Die Fortschreibung des Kapitalstocks erfolgt über den gesamten Projektionszeitraum anhand der Akkumulation der Nettoinvestitionen; zum Kapitalstock des Vorjahres kommen also die Bruttoanlageinvestitionen abzüglich der Abschreibungen hinzu, wobei die Abschreibungsrate im Projektionszeitraum konstant auf den Wert des letzten Beobachtungszeitpunktes gesetzt wird. Der Kapitalstock wird nicht geglättet. Der Beitrag des Faktors Kapital zum Potenzialwachstum dürfte im gesamten Projektionszeitraum einen halben Prozentpunkt ausmachen (Tabelle 5). Über den verlängerten Projektionszeitraum konvergiert die Wachstumsrate des Kapitalstocks mit durchschnittlich rund eineinhalb Prozentpunkten gegen die Wachstumsrate des Produktionspotenzials.

Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

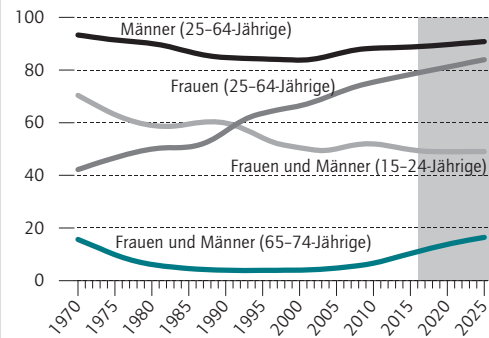
Die Fortschreibung der demographischen Komponente orientiert sich an der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante G1-L1-W1). Die jüngste Entwicklung des Wanderungssaldos wird in der Bevölkerungsvorausberechnung allerdings nur unzureichend abgebildet. Deshalb wird die Nettozuwanderung aus den EU-Ländern und dem Rest der Welt ausgehend von der aktuellen Entwicklung fortgeschrieben. Insgesamt wird der gesamte Wanderungssaldo der Personen im erwerbsfähigen Alter im Projektionszeitraum annahmegemäß von 350 000 Personen in den Jahren 2019 bis 2021 auf 300 000 Personen zurückgehen und anschließend konstant bleiben. Die nicht asylbedingte Nettozuwanderung wird ab 2019 einen höheren Anteil an der

¹ Siehe Kasten I.6 in European Economic Forecast Autumn Report 2016, Institutional Paper 038, European Commission: S. 67.

² Darüber hinaus hat die Kommission für Deutschland Änderungen bei der Berücksichtigung der Flüchtlingsmigration vorgenommen. Diese können hier nicht berücksichtigt werden, da noch keine Einzelheiten zum Verfahren veröffentlicht wurden. Stattdessen wird für den gesamten Projektionszeitraum das Verfahren zugrunde gelegt, das bereits in früheren Prognosen zum Einsatz kam (vgl. Timo Wollmershäuser et al. (2016): Aufschwung bleibt moderat – Wirtschaftspolitik wenig wachstumsorientiert. Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2016).

³ Karel Havik et al. (2014): The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates & Output Gaps. EC Economic Papers 535.

Abbildung 1

Trendmäßige Partizipationsquoten nach Alterskohorten
 In Prozent


Quellen: OECD; Destatis; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

gesamten Nettozuwanderung ausmachen. Insgesamt können die positiven Wanderungssalden den alterungsbedingten Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials bis zum Jahr 2025 jedoch nicht kompensieren.

Entwicklung der Partizipationsquote

Die Partizipationsquote der Flüchtlinge ergibt sich aus einem Suchmodell des Arbeitsmarktes für Flüchtlinge, in dem die Beschäftigungswahrscheinlichkeit mit der Länge der Aufenthaltsdauer steigt, und wird als strukturell interpretiert.

Die trendmäßige Partizipationsquote der heimischen Bevölkerung wird mit einer einfachen Fortschreibung über den verlängerten Zeitraum überschätzt, da ihr Anstieg in den letzten Jahren insbesondere auf die ältere Erwerbsbevölkerung und Frauen aller Alterskohorten zurückging. Deshalb wird die trendmäßige Partizipationsquote für einzelne Alterskohorten und getrennt nach den Geschlechtern geschätzt und mit der Entwicklung der Bevölkerungsanteile fortgeschrieben. Es lassen sich daraus drei grundlegende Entwicklungen feststellen: Erstens sinkt die trendmäßige Partizipationsrate der jüngeren Bevölkerung (15- bis 24-Jährige) mit abnehmenden Raten (Abbildung 1). Dies könnte mit dem Anstieg des Anteils der Bevölkerung in tertiärer Bildung zusammenhängen. Zweitens ist die trendmäßige Partizipationsrate von Frauen der „prime age“-Kohorte (25- bis 64-Jährige) bis 2025 immer noch geringer als die der Männer in der gleichen Alterskohorte. Drittens steigt die Partizipationsquote der älteren Bevölkerung (65- bis 74-Jährige) bis zum Ende des Projektionszeitraums auf rund 15 Prozent an.

Die gesamtwirtschaftliche trendmäßige Partizipationsquote ergibt sich als gewichteter Durchschnitt der trendmäßigen Partizipationsquoten für Flüchtlinge und Nicht-Flüchtlinge. Sie steigt zunächst an, auch gestützt durch die zunehmende Partizipation von Flüchtlingen. Im späteren Verlauf, ab 2023, ergibt sich dann eine leicht abnehmende trendmäßige gesamtwirtschaftliche Partizipationsquote.

Entwicklung der natürlichen Erwerbslosigkeit

Die Erwerbslosenquote der Flüchtlinge wird als natürliche Erwerbslosenquote interpretiert, da sie per Annahme nicht durch konjunkturelle Entwicklungen beeinflusst wird; sie ergibt sich wiederum aus dem Suchmodell.

Die Erwerbslosenquote der Nicht-Flüchtlinge wird hingegen konjunkturell bereinigt. Sie wird zunächst bis zum Ende des Prognosezeitraums 2018 fortgeschrieben und anschließend mit einem HP-Filter geglättet. Ab dem Jahr 2019 wird die natürliche Erwerbslosenquote der Nicht-Flüchtlinge anhand einer Konvergenzregel zu ihrem geschätzten langfristigen Wert (6,8 Prozent) zurückgeführt.⁴

Die NAWRU im Projektionszeitraum ergibt sich als gewichteter Durchschnitt der natürlichen Erwerbslosenquoten für Flüchtlinge und Nicht-Flüchtlinge. Sie liegt im Jahr 2018 bei vier Prozent. Im Jahr 2019 geht sie auf 3,7 Prozent zurück, verharrt dort vorübergehend und dürfte ab 2022 bis zum Ende des Projektionszeitraums wieder leicht steigen.

Produktionspotenzial

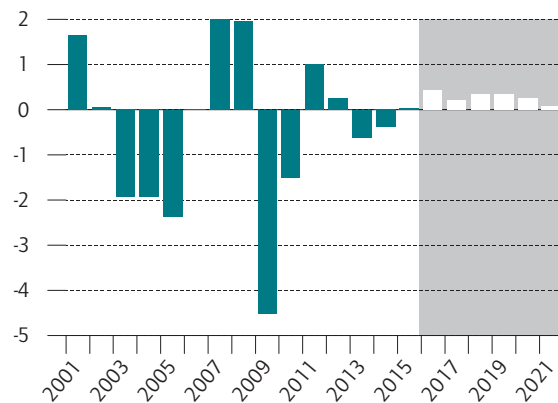
Alles in allem dürfte das potentielle Arbeitsvolumen in Stunden bis 2021 durchschnittlich einen Wachstumsbeitrag von 0,3 Prozentpunkten leisten. Zusammen mit dem Wachstumsbeitrag der totalen Faktorproduktivität in Höhe von 0,8 ergibt sich daraus, dass das reale Produktionspotenzial bis 2021 um jahresdurchschnittlich eineinhalb Prozent zunehmen wird. Im verlängerten Projektionszeitraum gehen vom Arbeitsvolumen hingegen keine Wachstumsimpulse aus. Das Potenzialwachstum dürfte dann um gut einen Zehntel Prozentpunkt geringer und zu zwei Dritteln durch das Wachstum der totalen Faktorproduktivität getrieben sein.

⁴ Fabrice Orlandi (2012): Structural unemployment and its main determinants in the EU countries. EC Economic Papers 455. Orlandi schätzt die strukturelle Erwerbslosenquote anhand eines Länderpanels für die EU über den Zeitraum 1985 bis 2009. Als Determinanten für die strukturelle Erwerbslosenquote gehen u.a. die Höhe der Arbeitslosengeldes, Gewerkschaftsdichte, Suchkosten und ein Index für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ein. Der Flüchtlingseffekt dürfte über diesen Zeitraum niedrig sein und deshalb die strukturelle Erwerbslosenquote der Nicht-Flüchtlinge nicht stark verzerren.

Abbildung 5

Produktionslücke

Relation zum Produktionspotenzial in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Vorübergehend sind die Kapazitäten leicht überausgelastet.

2017 und 2018 werden sie wohl nahezu unverändert bleiben. Der spürbare Terms-of-Trade-Gewinn in diesem Jahr trägt dazu bei, dass der Leistungsbilanzsaldo wohl auf neun Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt steigen dürfte. Aber auch in den kommenden Jahren wird er nur geringfügig niedriger – einen halben Prozentpunkt – ausfallen.

Projektion der wirtschaftlichen Entwicklung bis 2025

Für den Projektionszeitraum wird unterstellt, dass sich die weltwirtschaftliche Entwicklung dem in der kurzen Frist eingeschlagenen Pfad folgt. Angenommen wird, dass die Wirtschaft in den entwickelten Volkswirtschaften um rund zwei Prozent pro Jahr wächst und sich die Produktionslücke im Euroraum bis 2021 schließt. Die Dynamik in den Schwellenländern bleibt relativ zu den entwickelten Volkswirtschaften hoch. Der Ölpreis und der Wechselkurs zwischen Dollar und Euro werden für den gesamten Projektionszeitraum als konstant angenommen und jeweils beim für Ende 2018 unterstellten Niveau verharren. Der Ölpreis beträgt demnach 50 Dollar pro Barrel, der Wechselkurs 1,10 US-Dollar pro Euro.

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank wird vor dem Hintergrund weiterhin unterausgelasteter Kapazitäten im Euroraum bis 2021 expansiv ausgerichtet bleiben und anschließend einen neutralen Kurs einschlagen. Damit bleiben die Zinsen auch in Deutsch-

Tabelle 5

Produktionspotenzial und seine DeterminantenJahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent¹

	1995-2015 ²		Produktionspotenzial							
			1995-2015		2010-2015		2015-2020		2020-2025	
Produktionspotenzial	1,3		1,3		1,6		1,5		1,5	
Kapitalstock	1,7	(0,6)	1,7	(0,6)	1,1	(0,4)	1,3	(0,4)	1,5	(0,5)
Solow-Residuum	0,7	(0,7)	0,7	(0,7)	0,5	(0,5)	0,8	(0,8)	1,0	(1,0)
Arbeitsvolumen	0,0	(0,0)	0,1	(0,0)	0,6	(0,4)	0,4	(0,3)	0,0	(0,0)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	-0,1		-0,1		0,0		0,0		0,0	
Partizipationsquote	0,5		0,5		0,5		0,5		0,0	
Erwerbsquote	0,2		0,2		0,4		0,1		0,0	
Durchschnittliche Arbeitszeit	-0,6		-0,5		-0,3		-0,2		-0,1	
<i>Nachrichtlich:</i>										
Arbeitsproduktivität	1,3		1,2		0,7		1,1		1,5	

¹ Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung. In Klammern: Wachstumsbeiträge.² Tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Determinanten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektion des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Tabelle 6

Erwerbstätige, Produktivität und Wirtschaftswachstum

	Erwerbstätige (Inland)	Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				Preisbereinigt, verkettete Volumenwerte			in jeweiligen Preisen	Deflator
				Insgesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigenstunde		
	In Millionen Personen		Stunden	Milliarden Euro	Euro		Milliarden Euro	2010 = 100
2009	40,892	36,407	1 372,709	2 478,9	6 0619	44,2	2 460,3	99,3
2015	43,057	38,721	1 367,824	2 791,1	6 4824	47,4	3 032,8	108,7
2021	44,6	40,3	1 346	3 059	6 8563	51	3 640	119
2025	44,7	40,4	1 346	3 242	7 2473	54	4 138	128
Veränderung insgesamt in Prozent								
2015/2009	5,3	6,4	-0,4	12,6	6,9	7,3	23,3	9,5
2020/2016	3 ¾	4 ¼	-1 ½	9 ½	6	7 ½	20	9 ½
2025/2021	¼	¼	-0	6	5 ½	5 ¾	13 ¾	7 ¼
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent								
2015/2009	0,9	1,0	-0,1	2,0	1,1	1,2	3,5	1,5
2020/2016	½	¾	-¼	1 ½	1	1 ¼	3	1 ½
2025/2021	0,1	0,1	0,0	1 ½	1 ½	1 ½	3 ¼	1 ¾

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des DIW Berlin; Zeitraum 2025/2015: Projektionen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

land niedrig. Die Finanzpolitik in Deutschland dürfte ab dem Jahr 2019 restriktiv ausgerichtet sein.³

Die Produktion dürfte im Projektionszeitraum in etwa mit der Zuwachsrate des Potenzials – eineinhalb Pro-

zent (Kasten) – zunehmen (Tabelle 5). Dabei dürfte sich die zunächst leicht positive Produktionslücke zurückbilden und bis zum Jahr 2021 schließen.

Während des ganzen Projektionszeitraums wird weiter Beschäftigung aufgebaut. Der Beschäftigungsaufbau dürfte sich indes zunehmend abschwächen, bei allerdings steigender Produktivität. Die Arbeitslosenquote

³ Vgl. van Deuverden (2016), a.a.O.

Tabelle 7

Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Bruttoinlands- produkt	Konsumausgaben		Bruttoinvestitionen			Außenbeitrag
		Private Haushalte	Staat	Insgesamt	Bruttoanlagen- investitionen	Vorrats- veränderung	
In Milliarden Euro							
2009	2 460,3	1 413,0	481,2	444,5	471,4	-26,9	121,5
2015	3 032,8	1 636,0	583,7	583,6	603,8	-20,2	229,5
2021	3 640	1 898	748	733	762	-29	261
2025	4 138	2 091	891	861	887	-26	295
Anteile am BIP in Prozent¹							
2009	100	57 ½	19 ½	18	19 ¼	-1	5
2015	100	54	19 ¼	19 ¼	20	- ¾	7 ½
2021	100	52	20 ½	20 ¼	21	-1	7 ¼
2025	101	50 ½	21 ½	20 ¾	21 ½	- ½	7 ¼
Veränderung insgesamt in Prozent							
2015/2009	23,3	15,8	21,3	31,3	28,1	-	-
2020/2016	20	16	28	25 ½	26	-	-
2025/2021	13 ½	10	19	17 ½	16 ½	-	-
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent							
2015/2009	3,5	2,5	3,3	4,6	4,2	-	-
2020/2016	3	2 ½	4 ¼	4	4	-	-
2025/2021	3 ¼	2 ½	4 ½	4	3 ¾	-	-

¹ Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen);
Berechnungen des DIW Berlin; Zeitraum 2025/2015: Projektionen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

bleibt weiterhin niedrig und es kommen wanderungsbedingt ab 2019 jahresdurchschnittlich 300 000 Erwerbspersonen – insbesondere aus Ländern der EU – auf den Arbeitsmarkt. Die steigende Nachfrage nach Arbeit führt dazu, dass die Bruttolöhne und -gehälter im Projektionszeitraum kräftig expandieren. Allerdings steigt die Abgabenbelastung merklich.⁴ Die Nettolöhne und -gehälter werden daher nur wenig zunehmen. Der Anstieg der verfügbaren Einkommen speist sich vor allem aus der Entwicklung der Renteneinkommen und den Gewinneinkommen der privaten Haushalte, also Einkommen von Haushalten, deren Konsumneigung tendenziell relativ niedrig ist. Dies dürfte, zusammen mit der leicht schrumpfenden Bevölkerung, die Entwicklung des Konsums etwas dämpfen. Die reale Kaufkraft der privaten Haushalte wird zudem durch eine – im Vergleich zu den vergangenen Jahren – stärkere Teuerung gebremst werden. Der öffentliche Konsum dürfte hingegen an Bedeutung gewinnen, da die alternde Bevölke-

rung zunehmend Leistungen beispielsweise der gesetzlichen Krankenversicherung in Anspruch nehmen wird.

Der Wohnungsbau und die Ausrüstungsinvestitionen werden zunächst durch die günstigen Finanzierungsbedingungen gestützt. Die Dynamik nimmt allerdings ab. Die Investitionsquote dürfte alles in allem auf dem Niveau im Jahr 2016 verharren.

Die wirtschaftliche Dynamik wird im Projektionszeitraum wieder stärker durch den Außenbeitrag getrieben (Tabelle 7). Die Exporte werden bei einer stetigen weltwirtschaftlichen Entwicklung ähnlich wie in der kurzen Frist expandieren. Die sich abschwächende binnenwirtschaftliche Entwicklung wird hingegen zu einer Verringerung des Importwachstums führen.

Über den gesamten Projektionszeitraum wird der Deflator des Bruttoinlandsprodukts um durchschnittlich 1,7 Prozent zunehmen. Die Wachstumsrate des nominalen Bruttoinlandsprodukts liegt jahresdurchschnittlich bei etwa 3¼ Prozent.

⁴ van Deuverden (2016), a.a.O.

Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | ffichtner@diw.de

Karl Brenke ist wissenschaftlicher Referent im Vorstandsbereich des DIW Berlin | kbrenke@diw.de

Marius Clemens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mclemens@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik | sjunker@diw.de

Claus Michelsen ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in den Abteilungen Konjunkturpolitik und Klimapolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Maximilian Podstawski ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik | mpodstawski@diw.de

Thore Schlaak ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | tschlaak@diw.de

Kristina van Deuverden ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | kvandeuverden@diw.de

DESPITE WEAKER JOB MARKET, GERMANY'S ECONOMIC UPSWING CONTINUES

Abstract: In spite of persisting unfavorable external economic conditions, the German economy's upward trend continues, with a growth of 1.2 percent expected for the coming year – slightly less than the 1.8 percent growth rate of 2016, a difference primarily due to the fact that 2017 has fewer workdays. A growth rate of 1.6 percent is expected for 2018. Although employment growth has slowed down somewhat since this past summer, private consumption remains

the German economy's primary growth driver – but given the higher inflation, this dynamic will lose momentum in the course of the coming quarters. Exports are picking up in the moderately recovering global economy, and this will be even more noticeable later on in the forecast period. Though investment activity will be somewhat stimulated by the improvement in foreign demand, it will remain rather modest.

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Economic Bulletin 50/2016 :

www.diw.de/econbull





Dr. Ferdinand Fichtner, Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

INTERVIEW MIT FERDINAND FICHTNER

»Der private Verbrauch bleibt der Treiber«

1. Herr Fichtner, die Wachstumszahlen der deutschen Wirtschaft waren zuletzt recht gut. Wie wird das im kommenden Jahr aussehen? Wir erwarten für das kommende Jahr eine erkennbare Verlangsamung des Wachstumstempos in Deutschland. Das liegt allerdings zum großen Teil an dem statistischen Effekt, dass wir im nächsten Jahr weniger Arbeitstage haben. Das führt dazu, dass auch die Wirtschaft weniger stark expandiert, einfach weil mehr Feiertage unter der Woche anfallen und nicht wie dieses Jahr auf das Wochenende fallen. Dazu kommen erhebliche wirtschaftspolitische Unsicherheiten.
2. Mit welchen Wachstumszahlen rechnen Sie? Wir gehen davon aus, dass die Wachstumsrate im kommenden Jahr bei etwa 1,2 Prozent liegen wird, nach 1,8 Prozent in diesem Jahr. Im Jahr 2018 zieht das Tempo dann wieder etwas an und liegt dann nach unserer Schätzung bei 1,6 Prozent.
3. Wird der private Verbrauch auch in Zukunft das Wachstum in Deutschland antreiben? Tatsächlich ist der private Verbrauch der maßgebliche Treiber für das Wachstum. Er stützt sich auf eine günstige Arbeitsmarktsituation und auch eine recht solide Lohnentwicklung, sodass die Menschen relativ viel Geld in der Tasche haben. Das, und auch die insgesamt robuste Exportentwicklung treiben im kommenden Jahr das Wachstum.
4. Wie entwickeln sich die Verbraucherpreise? Die Verbraucherpreise dürften deutlich anziehen. Da spielt im Wesentlichen eine Rolle, dass die Energiepreise nicht mehr sinken und deswegen von dieser Seite kein Druck mehr auf die Preise entsteht. Die Inflationsrate wird etwas steigen. Nach 0,5 Prozent, die wir für dieses Jahr schätzen, dürfte im Durchschnitt des kommenden Jahres die Inflationsrate bei etwa 1,4 Prozent liegen. Das liegt vor allem daran, dass die Energiepreise nicht mehr zurückgehen. Der Jahresdurchschnitt von 1,4 Prozent verdeckt aber ein bisschen die Information, dass in der ersten Jahreshälfte 2017 die Inflationsrate noch einmal deutlich höher gehen und an der Zwei-Prozent-Marke

kratzen dürfte. In der zweiten Jahreshälfte 2017 dürfte sie dann wieder etwas niedriger ausfallen.

5. Wie sieht es beim Export aus? Die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind insgesamt nicht unfreundlich für die deutschen Exporte. Wir haben kein überschäumendes weltwirtschaftliches Wachstum, aber eine relativ stetige Aufwärtsentwicklung, sowohl in der Industrie als auch in den Schwellenländern. Das ist am Ende natürlich günstig für die deutsche Exportwirtschaft, die davon profitieren kann, auch wenn sie nicht mit solchen Raten wie in den vergangenen Jahren zulegen kann.
6. Wird die positive Entwicklung der Exporte dazu führen, dass auch die Investitionen wieder etwas anziehen? Wir gehen davon aus, dass die insgesamt günstige Entwicklung bei den Exporten auch die Investitionen mehr und mehr anregen wird, auch weil die Rahmenbedingungen für die Investoren, insbesondere die niedrigen Zinsen, natürlich immer noch ausgesprochen freundlich sind. Allerdings bleibt die Investitionsdynamik nach unserer Einschätzung weiterhin hinter derjenigen in früheren Aufschwüngen zurück. Wir haben also weiterhin eine gedämpfte Entwicklung, die sicherlich an der erhöhten wirtschaftspolitischen Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Brexit, aber auch mit der neuen Regierung in den USA und der weiterhin schwelenden Krise im Euroraum begründet ist.
7. Welche konjunkturellen Auswirkungen hat die Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA? Kurzfristig könnten die Auswirkungen auf die amerikanische Konjunktur sogar positiv sein, weil Donald Trump doch einiges an expansiver Finanzpolitik angekündigt hat, insbesondere im Bereich der Infrastruktur. Die dämpfenden Auswirkungen, die in Reaktion auf Einschränkungen beim Außenhandel zu erwarten wären, würden wir für den Prognosezeitraum noch nicht für besonders relevant halten, weil nach unserer Einschätzung die Umsetzung von entsprechenden Maßnahmen in diesem Bereich längere Zeit in Anspruch nehmen wird.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/mediathek

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2016 bis 2018

	2016	2017	2018	2016		2017		2018	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	1,0	0,6	0,6	1,2	0,8	0,5	0,6	0,6	0,7
Arbeitszeit, arbeitstäglich	-0,8	0,8	0,1	-1,5	0,0	-0,1	1,7	-0,4	0,6
Arbeitstage	0,4	-1,2	-0,3	1,6	-0,8	0,0	-2,3	-0,5	-0,1
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	0,6	0,2	0,5	1,3	0,0	0,5	-0,1	-0,3	1,2
Produktivität¹	1,1	1,0	1,2	0,9	1,3	0,9	1,2	1,7	0,6
Reales Bruttoinlandsprodukt	1,8	1,2	1,6	2,3	1,3	1,3	1,1	1,5	1,8
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Mrd. Euro									
Konsumausgaben	2 293,1	2 365,4	2 430,9	1 118,8	1 174,3	1 154,6	1 210,8	1 185,8	1 245,1
Private Haushalte²	1 677,7	1 721,9	1 764,8	819,6	858,0	841,9	880,0	862,0	902,8
Staat	615,4	643,5	666,1	299,2	316,3	312,7	330,8	323,8	342,3
Anlageinvestitionen	625,3	645,7	674,6	302,8	322,5	310,9	334,8	325,2	349,4
Ausrüstungen	204,4	207,7	216,6	98,7	105,8	99,4	108,2	103,3	113,3
Bauten	307,9	320,5	335,7	149,0	158,9	154,1	166,3	162,2	173,4
Sonstige Anlageinvestitionen	113,0	117,5	122,3	55,1	57,9	57,3	60,2	59,7	62,7
Vorratsveränderung³	-30,0	-30,1	-30,7	-5,7	-24,4	-3,9	-26,2	-5,5	-25,2
Inländische Verwendung	2 888,3	2 981,0	3 074,8	1 415,9	1 472,5	1 461,6	1 519,4	1 505,5	1 569,3
Außenbeitrag	241,7	232,9	237,4	127,7	114,1	123,6	109,3	124,8	112,6
Exporte	1 436,0	1 468,2	1 526,1	712,7	723,4	730,2	738,0	755,3	770,7
Importe	1 194,3	1 235,3	1 288,7	585,0	609,3	606,6	628,7	630,6	658,1
Bruttoinlandsprodukt	3 130,1	3 213,9	3 312,2	1 543,5	1 586,6	1 585,2	1 628,7	1 630,3	1 681,9
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	3,3	3,2	2,8	3,7	3,0	3,2	3,1	2,7	2,8
Private Haushalte²	2,5	2,6	2,5	2,8	2,3	2,7	2,6	2,4	2,6
Staat	5,4	4,6	3,5	6,1	4,8	4,5	4,6	3,5	3,5
Anlageinvestitionen	3,6	3,3	4,5	5,1	2,1	2,7	3,8	4,6	4,4
Ausrüstungen	2,1	1,6	4,3	5,2	-0,6	0,8	2,3	3,9	4,7
Bauten	4,4	4,1	4,7	5,5	3,3	3,4	4,7	5,3	4,3
Sonstige Anlageinvestitionen	4,0	4,0	4,1	3,9	4,1	4,0	4,1	4,1	4,1
Inländische Verwendung	3,0	3,2	3,1	3,6	2,5	3,2	3,2	3,0	3,3
Exporte	1,2	2,2	3,9	1,7	0,7	2,5	2,0	3,4	4,4
Importe	0,4	3,4	4,3	0,5	0,4	3,7	3,2	4,0	4,7
Bruttoinlandsprodukt	3,2	2,7	3,1	3,9	2,5	2,7	2,7	2,8	3,3
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt									
a) Verkettete Volumina in Mrd. Euro									
Konsumausgaben	2 121,2	2 157,6	2 187,7	1 040,8	1 080,4	1 059,7	1 097,9	1 074,6	1 113,1
Private Haushalte²	1 570,4	1 591,6	1 610,9	769,2	801,2	780,5	811,2	789,4	821,5
Staat	550,4	565,4	576,0	271,4	279,0	278,9	286,5	284,7	291,3
Anlageinvestitionen	566,9	576,1	592,8	274,8	292,1	277,9	298,2	286,1	306,7
Ausrüstungen	197,4	199,8	207,7	94,8	102,6	95,1	104,6	98,5	109,2
Bauten	266,8	271,0	277,4	129,8	137,1	131,1	139,9	134,7	142,7
Sonstige Anlageinvestitionen	103,1	105,6	108,1	50,4	52,7	51,6	53,9	52,9	55,2
Inländische Verwendung	2 651,9	2 696,8	2 743,4	1 310,5	1 341,4	1 332,9	1 363,9	1 354,7	1 388,7
Exporte	1 384,3	1 403,9	1 450,5	687,9	696,5	699,4	704,5	719,3	731,2
Importe	1 193,8	1 224,4	1 271,5	586,9	606,9	602,3	622,1	623,4	648,1
Bruttoinlandsprodukt	2 841,6	2 876,6	2 923,7	1 410,8	1 430,8	1 429,6	1 447,0	1 450,6	1 473,1
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	2,5	1,7	1,4	2,8	2,1	1,8	1,6	1,4	1,4
Private Haushalte²	2,0	1,4	1,2	2,3	1,6	1,5	1,2	1,1	1,3
Staat	3,9	2,7	1,9	4,3	3,6	2,8	2,7	2,1	1,7
Anlageinvestitionen	2,1	1,6	2,9	3,7	0,7	1,1	2,1	2,9	2,8
Ausrüstungen	1,3	1,2	4,0	4,2	-1,2	0,4	2,0	3,6	4,4
Bauten	2,5	1,6	2,4	3,8	1,3	1,1	2,0	2,7	2,0
Sonstige Anlageinvestitionen	2,7	2,5	2,4	2,6	2,7	2,5	2,4	2,4	2,4
Inländische Verwendung	2,1	1,7	1,7	2,7	1,5	1,7	1,7	1,6	1,8
Exporte	2,3	1,4	3,3	3,0	1,7	1,7	1,2	2,8	3,8
Importe	3,2	2,6	3,9	4,1	2,3	2,6	2,5	3,5	4,2
Bruttoinlandsprodukt	1,8	1,2	1,6	2,3	1,3	1,3	1,1	1,5	1,8

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2016 bis 2018

	2016	2017	2018	2016		2017		2018	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010 = 100)									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben ²	0,6	1,3	1,3	0,5	0,7	1,2	1,3	1,2	1,3
Konsumausgaben des Staates	1,4	1,8	1,6	1,7	1,2	1,7	1,9	1,4	1,8
Anlageinvestitionen	1,4	1,6	1,5	1,4	1,4	1,5	1,7	1,6	1,5
Ausrüstungen	0,8	0,3	0,3	1,0	0,6	0,4	0,3	0,3	0,3
Bauten	1,9	2,5	2,3	1,7	2,0	2,3	2,6	2,5	2,2
Exporte	-1,1	0,8	0,6	- 1,2	-0,9	0,8	0,9	0,6	0,6
Importe	-2,7	0,8	0,5	-3,5	-1,9	1,0	0,7	0,4	0,5
Bruttoinlandsprodukt	1,4	1,4	1,4	1,6	1,2	1,4	1,5	1,4	1,4
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Mrd. Euro									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 184,8	2 240,0	2 303,6	1 076,1	1 108,6	1 102,7	1 137,3	1 133,0	1 170,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	287,5	297,6	307,5	139,0	148,5	143,9	153,7	148,3	158,9
Bruttolöhne und -gehälter	1 306,1	1 346,0	1 392,1	624,6	681,5	643,8	702,2	664,8	727,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	591,1	596,5	604,0	312,5	278,6	315,0	281,5	319,9	284,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	459,0	475,8	496,8	216,9	242,1	225,1	250,8	233,1	263,9
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 643,8	2 715,9	2 800,4	1 293,0	1 350,7	1 327,8	1 388,1	1 366,1	1 434,3
Abschreibungen	551,7	565,9	581,7	274,4	277,3	281,5	284,4	289,3	292,4
Bruttonationaleinkommen	3 195,4	3 281,8	3 382,1	1 567,4	1 628,0	1 609,3	1 672,5	1 655,4	1 726,8
Nachrichtlich:									
Volkseinkommen	2 335,9	2 403,1	2 480,9	1 141,5	1 194,3	1 172,0	1 231,1	1 206,8	1 274,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	742,2	759,6	781,3	377,9	364,3	384,3	375,3	393,7	387,8
Arbeitnehmerentgelt	1 593,6	1 643,5	1 699,6	763,6	830,0	787,7	855,8	813,1	886,2
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,2	2,5	2,8	3,6	2,8	2,5	2,6	2,7	2,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,0	3,5	3,3	2,8	3,1	3,5	3,5	3,1	3,4
Bruttolöhne und -gehälter	3,6	3,0	3,4	4,0	3,3	3,1	3,0	3,3	3,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	2,3	0,9	1,3	3,1	1,5	0,8	1,0	1,5	1,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	3,0	3,7	4,4	7,8	-1,0	3,8	3,6	3,6	5,3
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,1	2,7	3,1	4,3	2,1	2,7	2,8	2,9	3,3
Abschreibungen	3,0	2,6	2,8	3,0	3,0	2,6	2,6	2,8	2,8
Bruttonationaleinkommen	3,1	2,7	3,1	4,0	2,3	2,7	2,7	2,9	3,2
Nachrichtlich:									
Volkseinkommen	3,2	2,9	3,2	4,3	2,2	2,7	3,1	3,0	3,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	2,6	2,3	2,9	5,5	-0,2	1,7	3,0	2,5	3,3
Arbeitnehmerentgelt	3,5	3,1	3,4	3,8	3,2	3,2	3,1	3,2	3,6
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte									
a) Mrd. Euro									
Masseneinkommen	1 288,1	1 331,4	1 373,4	622,6	665,5	644,2	687,3	663,0	710,4
Nettolöhne- und -gehälter	861,8	886,1	916,2	409,6	452,2	421,6	464,5	435,0	481,2
Monetäre Sozialleistungen	540,2	563,3	578,8	269,8	270,4	281,2	282,1	288,4	290,3
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	114,0	117,9	121,6	56,9	57,1	58,6	59,3	60,4	61,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	591,1	596,5	604,0	312,5	278,6	315,0	281,5	319,9	284,2
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	-71,6	-73,9	-76,3	-36,3	-35,3	-37,2	-36,6	-38,5	-37,8
Verfügbares Einkommen	1 807,6	1 854,1	1 901,1	898,8	908,8	922,0	932,1	944,4	956,7
Nachrichtlich:									
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	48,5	48,9	49,2	24,0	24,5	24,2	24,7	24,3	24,9
Konsumausgaben	1 677,7	1 721,9	1 764,8	819,6	858,0	841,9	880,0	862,0	902,8
Sparen	178,4	181,0	185,6	103,1	75,3	104,2	76,8	106,8	78,8
Sparquote in Prozent ⁷	9,6	9,5	9,5	11,2	8,1	11,0	8,0	11,0	8,0
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Masseneinkommen	2,9	3,4	3,1	3,4	2,4	3,5	3,3	2,9	3,4
Nettolöhne- und -gehälter	3,0	2,8	3,4	4,0	2,1	2,9	2,7	3,2	3,6
Monetäre Sozialleistungen	2,7	4,3	2,8	2,5	2,9	4,2	4,3	2,6	2,9
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	3,1	3,5	3,1	3,2	3,0	3,1	3,8	3,1	3,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	2,3	0,9	1,3	3,1	1,5	0,8	1,0	1,5	1,0
Verfügbares Einkommen	2,5	2,6	2,5	2,9	2,1	2,6	2,6	2,4	2,6
Konsumausgaben	2,5	2,6	2,5	2,8	2,3	2,7	2,6	2,4	2,6
Sparen	1,8	1,5	2,5	3,4	-0,3	1,1	2,0	2,4	2,6

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2016 bis 2018

	2016	2017	2018	2016		2017		2018	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁸									
a) Mrd. Euro									
Einnahmen									
Steuern	731,6	740,9	763,1	365,7	365,9	375,5	365,4	387,1	375,9
direkte Steuern	397,8	399,3	414,1	200,1	197,7	205,4	193,8	213,3	200,8
indirekte Steuern	333,7	341,6	348,9	165,5	168,2	170,1	171,5	173,8	175,1
Nettsozialbeiträge	520,7	539,4	558,1	253,3	267,4	262,6	276,8	271,3	286,8
Vermögenseinkommen	19,0	19,7	19,8	10,7	8,3	11,4	8,3	11,4	8,3
Laufende Übertragungen	21,8	22,0	22,3	9,2	12,5	9,3	12,7	9,5	12,8
Vermögenstransfers	13,6	10,3	9,6	7,1	6,5	4,6	5,8	4,1	5,4
Verkäufe	104,2	107,1	110,1	49,3	54,9	50,7	56,4	52,1	58,0
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 411,0	1 439,6	1 483,0	695,3	715,7	714,2	725,4	735,6	747,4
Ausgaben									
Vorleistungen	149,7	154,9	158,1	69,2	80,5	71,4	83,5	72,9	85,1
Arbeitnehmerentgelte	235,8	242,7	247,6	113,3	122,4	116,7	126,1	119,0	128,6
Soziale Sachleistungen	269,5	286,6	302,4	133,3	136,2	141,8	144,8	149,6	152,9
Vermögenseinkommen (Zinsen)	44,0	42,2	42,0	21,7	22,3	21,4	20,8	21,4	20,7
Subventionen	25,8	28,8	29,3	14,0	11,8	14,3	14,6	14,5	14,8
Monetäre Sozialleistungen	483,9	504,6	518,8	242,4	241,5	252,6	252,0	259,2	259,6
Sonstige laufende Transfers	76,4	76,2	82,6	39,3	37,0	40,0	36,1	40,5	42,1
Bruttoinvestitionen	68,1	73,5	74,8	28,9	39,2	31,2	42,2	31,5	43,4
Vermögenstransfers	32,9	30,9	29,5	15,4	17,5	13,1	17,8	12,8	16,7
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen	-1,2	-5,0	-1,2	-0,5	-0,6	-4,4	-0,6	-0,6	-0,6
Sonstige Produktionsabgaben	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 384,9	1 435,5	1 484,2	677,0	707,9	698,1	737,4	720,9	763,3
Finanzierungssaldo	26,0	4,1	-1,2	18,3	7,8	16,1	-12,0	14,7	-15,9
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	4,5	1,3	3,0	5,0	4,1	2,7	-0,2	3,1	2,9
direkte Steuern	6,8	0,4	3,7	6,2	7,4	2,6	-1,9	3,8	3,6
indirekte Steuern	1,9	2,4	2,1	3,5	0,4	2,8	2,0	2,2	2,1
Nettsozialbeiträge	4,0	3,6	3,5	4,3	3,6	3,7	3,5	3,3	3,6
Vermögenseinkommen	-13,1	3,7	0,4	-14,5	-11,3	6,9	-0,5	0,4	0,6
Laufende Übertragungen	11,8	1,2	1,2	2,5	19,7	1,4	1,0	1,4	1,0
Vermögenstransfers	11,9	-24,0	-7,6	36,3	-6,3	-35,1	-12,1	-9,6	-6,1
Verkäufe	3,8	2,8	2,8	4,0	3,6	2,8	2,8	2,8	2,8
Sonstige Subventionen	-8,9	0,0	0,0	-10,3	-7,8	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	4,1	2,0	3,0	4,5	3,8	2,7	1,4	3,0	3,0
Ausgaben									
Vorleistungen	7,3	3,5	2,0	9,8	5,2	3,2	3,8	2,1	2,0
Arbeitnehmerentgelte	3,1	2,9	2,0	3,2	3,0	2,9	2,9	2,0	2,0
Soziale Sachleistungen	6,8	6,4	5,5	7,0	6,6	6,4	6,3	5,5	5,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-7,0	-4,1	-0,3	-10,2	-3,7	-1,5	-6,6	0,0	-0,6
Subventionen	-6,1	11,7	1,8	1,2	-13,5	2,0	23,2	1,8	1,7
Monetäre Sozialleistungen	2,7	4,3	2,8	2,8	2,7	4,2	4,3	2,6	3,0
Sonstige laufende Transfers ⁹	1,1	-0,2	6,4	-1,9	3,1	0,7	-0,9	0,5	5,9
Bruttoinvestitionen	6,0	7,9	1,9	7,7	4,8	8,0	7,8	0,9	2,6
Vermögenstransfers ⁹	3,2	-2,0	-1,4	2,7	0,4	-15,0	1,8	-2,0	-6,6
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen ⁹	0,7	-3,9	3,8	0,6	0,1	-3,9	0,0	3,8	0,0
Sonstige Produktionsabgaben ⁹	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	3,8	3,7	3,4	4,0	3,7	3,1	4,2	3,3	3,5

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen

7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

9 Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Mrd. EUR.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des DIW Berlin.

Öffentliche Finanzen bis 2025: Nur auf den ersten Blick günstig

Von Kristina van Deuverden

Die derzeit hohen Überschüsse in den öffentlichen Haushalten werden deutlich zurückgehen: Bereits im kommenden Jahr sinkt der Finanzierungssaldo von 26 Milliarden auf vier Milliarden; im Jahr 2018 werden die öffentlichen Haushalte mit einem leichten Defizit abschließen. In der mittleren und längeren Frist hellt sich die Lage zwar wieder auf und es sind Überschüsse zu erwarten, diese – auf den ersten Blick positive – mittelfristige Perspektive ist allerdings teuer erkauft: Die Finanzlage zwingt die gesetzlichen Krankenversicherungen und später auch die gesetzliche Rentenversicherung zu kräftigen Anhebungen bei den Beitragssätzen. Der kumulierte Beitragssatz steigt von heute 39,65 Prozent auf 43 ½ Prozent im Jahr 2025. Dabei hat die Alterung der Bevölkerung im Projektionszeitraum gerade erst begonnen, ihre Spuren in den Haushalten zu hinterlassen, und die Sozialversicherungen werden zunehmend unter Druck geraten. Eine Dämpfung der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen oder eine Finanzierung versicherungsfremder Leistungen durch Steuern können dem entgegenwirken. Mit Blick auf die aktuelle Haushaltslage heißt dies aber auch: Für weitere Leistungsausweitungen bei den Sozialkassen oder Wahlgeschenke bei den Steuern ist kein Geld da.

Der vorliegende Bericht stellt die Entwicklung der öffentlichen Haushalte in Deutschland im Detail dar. Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen basiert dabei auf der im zweiten Artikel dieses Wochenberichts dargelegten gesamtwirtschaftlichen Vorhersage in der kurzen Frist – bis einschließlich des Jahres 2018 – sowie der Projektion der Entwicklung in der mittleren Frist – bis zum Jahr 2025.¹

Überschüsse gehen deutlich zurück

Öffentliche Haushalte mit Überschüssen

Die öffentlichen Kassen schließen seit dem Jahr 2014 mit einem Überschuss ab. Im vergangenen Jahr lag dieser bei knapp 23 Milliarden Euro oder – gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt – bei 0,7 Prozent. Die deutliche Verbesserung der Finanzlage wurde dabei durch die Komposition der wirtschaftlichen Entwicklung, die relativ einnahmeintensiv und wenig ausgabeträchtig ist, unterstützt, wie auch durch die für den deutschen Fiskus derzeit besonders günstigen Finanzierungsbedingungen. Auch im laufenden Jahr wird der Überschuss des Gesamthaushalts hoch sein und bei 26 Milliarden Euro liegen. Die entspannte Lage der öffentlichen Haushalte wird sich nun aber etwas eintrüben. Im kommenden Jahr wird der Überschuss kräftig zurückgehen, im Jahr 2018 werden die öffentlichen Haushalte leicht defizitär sein.

Dabei entwickeln sich die einzelnen Haushalte recht unterschiedlich. Während die Gebietskörperschaften bei unveränderter Finanzpolitik über den gesamten Projektionszeitraum mit Überschüssen abschließen, ist die Finanzlage bei den Sozialversicherungen immer wieder defizitär. Der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung nimmt ab dem Jahr 2022 kräftig zu – und zwar, obwohl weitere Leistungsausweitungen – wie beispielsweise eine Lebensleistungsrente – nicht berücksichtigt sind und das Rentenniveau gemäß dem heute geltenden

¹ Vgl. Ferdinand Fichtner et al. (2016): Deutsche Wirtschaft bleibt trotz schwächerem Beschäftigungsaufbau auf Kurs, DIW Wochenbericht Nr. 50.

Tabelle 1

Veränderung ausgewählter Kennziffern der Einnahmenseite¹ In Prozent

	2015	2016	2017	2018	2015/2011 ²	2020/2016 ²	2025/2021
Einnahmen insgesamt	3,8	4,0	2,0	3,0	2 ¾	2 ¼	3 ¼
Darunter:							
Steuern	4,7	4,5	1,3	3	3 ¼	2	2 ½
Einkommen- und Vermögensteuern	5,3	6,8	0,4	3,7	4 ½	2 ¼	3 ¼
Produktions- und Importabgaben	4,0	1,9	2,4	2,1	2	1 ¾	1 ¾
Sozialbeiträge	3,9	4	3,6	3,5	2 ½	3	4 ½

¹ In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

² Durchschnittliche Entwicklung

In der Projektion sind die Vorausschätzungen in der mittleren Frist auf ¼-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Recht weiter abschnilzt. Auch die gesetzlichen Krankenversicherungen werden ab dem Jahr 2018 dazu gezwungen sein, wiederholt den Zusatzbeitrag anzuheben.

Einnahmen steigen kräftig aber ...

Die Einnahmen des Staates expandieren nach wie vor deutlich, eine kräftige Dynamik wie in den vergangenen Jahren ist aber nicht mehr zu beobachten (vgl. Tabelle 1). Dies gilt insbesondere für die Steuereinnahmen. Dazu trägt bei, dass, wenn auch weiterhin Beschäftigung aufgebaut wird, dieser Aufbau seit dem Sommer 2016 an Tempo verloren hat und auch in den kommenden Jahren hinter der Expansion in den vergangenen Jahren zurückbleiben wird. Daher verläuft die Lohnsteuerentwicklung etwas gedämpft, auch wenn die Löhne weiterhin spürbar zunehmen. Zudem werden in den Jahren 2016 bis 2018 jeweils Grund- und Kinderfreibetrag angehoben (vgl. Kasten/Tabelle 2) und auch für den weiteren Projektionszeitraum werden solche Erhöhungen angenommen.²

Die Gewinnsteuern sind im Jahr 2016 sehr kräftig gestiegen; im weiteren Verlauf dürfte ihre Entwicklung an Tempo einbüßen – insbesondere im kommenden Jahr. Dann dürften die Gewinne nur verhalten zunehmen und damit auch die auf diese Einkommen zu zahlenden Steuern.³ Hinzu kommt, dass das Aufkommen bei der veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer im Jahr 2016 deutlich stärker gestiegen ist,

als es vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung zu erwarten gewesen wäre. Dies lag vor allem an den Vorauszahlungen. Damit dürften die Nachzahlungen in den kommenden Jahren eher schwach ausfallen. Erst in der mittleren Frist, wenn die Dynamik der Gewinnentwicklung etwas zunimmt, werden auch die Gewinnsteuereinnahmen wieder etwas stärker zulegen.⁴

Die Entwicklung der Einnahmen aus indirekten Steuern wird vor allem von den Steuern vom Umsatz determiniert. Letztere konnten in den vergangenen Jahren davon profitieren, dass die wirtschaftliche Entwicklung vor allem durch die inländische Nachfrage getrieben wurde. Der nominale private Konsum wird in den kommenden Jahren weiterhin kräftig ausgeweitet und mit ihm expandieren die Steuern vom Umsatz.

Die Sozialbeiträge werden im Projektionszeitraum mit hoher Dynamik zulegen. Ihre Entwicklung wird zwar durch den nunmehr moderateren Beschäftigungsaufbau gedämpft; dem stehen aber – neben spürbaren Lohnzuwächsen – kräftige Erhöhungen bei den Beitragssätzen gegenüber. Zu Beginn des laufenden Jahres wurde der durchschnittliche Beitragssatz bei der gesetzlichen Krankenversicherung angehoben, im kommenden Jahr steigt der Zusatzbeitrag zur sozialen Pflegeversicherung. Während des Projektionszeitraums wird der Finanzierungsspielraum der gesetzlichen Krankenkassen sich wiederholt einengen, so dass sie – auch getrieben durch die Kostenentwicklung im Gesundheitsbereich – ihren Zusatzbeitrag immer wieder anheben müssen. Ab dem Jahr 2022 dürfte der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung kräftig zulegen. Alles in allem wird der

² In Deutschland besteht ein verfassungsmäßiges Gebot, das Existenzminimum steuerfrei zu stellen, wozu die Freibeträge des Steuerpflichtigen und etwaiger Kinder angepasst werden.

³ Die Entwicklung der kassenmäßigen Steuereinnahmen dürfte gegenüber den in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) berichteten Steuereinnahmen durch die Folgen von Gerichtsurteilen im Prognosezeitraum deutlich gedämpft werden.

⁴ Bis einschließlich 2017 können bei der Körperschaftsteuer Altkapitalerstattungen vorgenommen werden. Mit dem Wegfall dieser Erstattungen werden die Körperschaftsteuereinnahmen im Jahr 2018 kräftig zulegen.

kumulierte Beitragssatz zu den Sozialversicherungen von 39,65 im Jahr 2016 wohl auf 43 ½ Prozent im Jahr 2025 steigen. Aufgrund der starken Beitragssatzanhebungen werden die Sozialbeiträge im späteren Prognosezeitraum mit jahresdurchschnittlich viereinhalb Prozent zunehmen, in einzelnen Jahren beträgt dieser Zuwachs sogar knapp sechs Prozent.

Die übrigen Einnahmen des Staates nehmen im laufenden Jahr spürbar zu. Zwar war der zu Beginn dieses Jahres an den Fiskus überwiesene Bundesbankgewinn niedrig. Dies konnte aber durch die auch in diesem Jahr nochmals dynamisch zunehmenden Erbschaftsteuereinnahmen – die in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) als empfangene Vermögenstransfers berichtet werden – mehr als ausgeglichen werden. Die Erbschaftsteuereinnahmen dürften nach Auslaufen der Vorzieheffekte in den Jahren 2017 und 2018 kräftig zurückgehen.⁵ Im Jahr 2017 wird zudem die an den Bund abzuführende Bahndividende dauerhaft auf 0,5 Milliarden Euro gesenkt. Die übrigen Einnahmen des Staates werden daher nur verhalten zunehmen, auch wenn der im kommenden Jahr vereinnahmte Bundesbankgewinn wieder höher liegen dürfte. Im weiteren Projektionszeitraum, wenn die in der kurzen Frist dämpfenden Faktoren entfallen, werden sie etwas stärker zulegen.⁶

Alles in allem werden die Einnahmen des Staates damit im Jahr 2016 um 4,1 Prozent steigen. Im kommenden Jahr expandieren sie lediglich um zwei Prozent und im Jahr 2018 um drei Prozent. In den Jahren 2016 bis 2020 werden sie um jahresdurchschnittlich 2 ¼ Prozent zulegen und in den Jahren 2021 bis 2025 um jahresdurchschnittlich dreieinhalb Prozent.

... Ausgaben nehmen stärker zu

Die Ausgaben des Staates nehmen ebenfalls deutlich zu (vgl. Tabelle 3). Insbesondere im Jahr 2016 ist dies auch durch Mehrausgaben aufgrund der starken Flüchtlingsmigration im vergangenen Jahr bedingt. Deshalb – aber auch weil Ausgabespielräume bestehen – steigen die Vorleistungskäufe im laufenden Jahr kräftig. Bei weiterhin guter Haushaltslage und den zusätzlich vom Bund bereitgestellten Mitteln für die Sanierung von Schulen, werden die Vorleistungen im weiteren Prognosezeitraum deutlich, aber mit etwas geringerem Tempo als zuletzt, zule-

⁵ In Erwartung eines Urteils waren viele Schenkungen in das Jahr 2014 vorgezogen worden, so dass die Einnahmen aus der Erbschaft- und Schenkungssteuer seit dem 2014 kräftig expandieren.

⁶ Aufgrund der „status quo“-Annahme ist in dieser Projektion unterstellt, dass die im Zuge des zweiten Rettungspaketes für Griechenland bereitgestellten Kredite gemäß den geltenden internationalen Abkommen ab dem Jahr 2022 zu Zinseinnahmen führen werden.

Tabelle 2

Finanzpolitische Maßnahmen¹

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–) in Milliarden Euro gegenüber 2015

	2016	2017	2018
Alterseinkünftegesetz	–1,2	–2,5	–3,8
Erhöhung des Kindergeldes, des Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrags in den Jahren 2015 und 2016	–4,6	–4,4	–4,7
Erhöhung des Kindergeldes, des Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrags in den Jahren 2017 und 2018		–2,1	–5,4
Altkapitalerstattungen ²			2,3
Wegfall der Kernbrennstoffsteuer		–0,4	–0,4
Sonstige steuerliche Maßnahmen ³	–0,2	–0,3	–0,3
Ausweitung der LkW-Maut	0,3	0,3	0,3
zusätzliche Mittel für investive Beschaffungen ⁴	–2,6	–2,0	–2,0
zusätzliche Finanzmittel für die Deutsche Bahn AG ⁵	–1,0	–1,4	–0,5
Förderung des Breitbandausbaus	–0,4	–0,6	–0,1
Förderung des sozialen Wohnens ⁶	–0,8	–1,2	–1,2
Prämie beim Kauf von Elektro- und Hybridfahrzeugen durch den Bund	–0,1	–0,3	–0,3
Mehrausgaben bei der Inneren und Äußerer Sicherheit		–2,7	–3,1
zusätzliche Sozialleistungen ⁷	–2,1	–2,0	–1,7
Senkung der Insolvenzgeldumlage zum 01.01.2016 um 0,03 Prozentpunkte		–0,4	–0,4
Rentangleichung Ost von 2018 bis 2024			–0,3
Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 01.01.2017 um 0,2 Prozentpunkte		2,6	2,7
2. Pflegeverstärkungsgesetz		–4,8	–4,8
Erhöhung des Zusatzbeitrags zur Gesetzlichen Krankenversicherung zum 01.01.2016 um 0,2 Prozentpunkte und um 0,1 Prozentpunkt zum 01.01.2018	2,2	2,2	3,3
Krankenhausstrukturgesetz	–0,4	–0,7	–0,8
sonstige Maßnahmen bei den Sozialversicherungen ⁸	–0,7	–0,1	–0,1
Gesetz zur Stärkung der Arzneimittelversorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung			–1,5
Honorarerhöhung bei niedergelassenen Ärzten	–0,6	–1,3	–2,1
Insgesamt	–10,7	–22,0	–25,1
in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in Prozent	–0,3	–0,7	–0,8

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen, ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit der Banken- und EU-Schuldenkrise.

² Nach dem Übergang vom Anrechnungs- zum Teileinkünfteverfahren bestand für einen Zeitraum von zehn Jahren die Möglichkeit bei der Ausschüttung von Altkapital Steuerrückstellungen geltend zu machen. Dieser Zeitraum endet Ende 2017.

³ Abschaffung der Eigenheimzulage, Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz, Erhöhung des Grundfreibetrags 2013, steuerliche Förderung der Elektromobilität, Jahressteuergesetz 2015; Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes zur Erhöhung des Lohnsteuerbehalts in der Seeschifffahrt, Investmentsteuerreformgesetz, Gesetz zum Abkommen vom 28. März zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China zur Vermeidung von Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Vermögen vom 22. Dezember 2015; BMF-Schreiben vom 28. September 2016 zur Umsatzsteuerbefreiung bei der Abgabe von Zytostatika.

⁴ Zusätzliche Verkehrsinfrastrukturausgaben des Bundes, zusätzliche investive Ausgaben finanzschwacher Kommunen mittels Förderung durch Bundessondervermögen, Aufstockung der Kita-Ausgaben sowie der Mittel für die außeruniversitäre Forschung aufgrund des Koalitionsvertrages; Maßnahmen gemäß Finanzplanung 2017.

⁵ Verringerung der Bahndividende und Aufstockung des Eigenkapitals der Deutschen Bahn.

⁶ Förderung des sozialen Wohnungsbaus, Wohnungsbauprogramm zugunsten sozialer Brennpunkte, zusätzliche Bundesmittel für den Bereich „soziale Stadt“.

⁷ Erhöhung der BAföG-Leistungen, Änderungen beim Wohngeld, Unterhaltsvorschussgesetz, Mehrausgaben in Zusammenhang mit Eingliederungsmaßnahmen u.a., Integrationsgesetz.

⁸ Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention, GKV-Versorgungsstärkungsgesetz, Hospiz- und Palliativgesetz.

Quellen: BMF; Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin.

Kasten

Finanzpolitische Annahmen

Die finanzpolitischen Annahmen, die dieser Projektion zugrunde liegen, basieren in der kurzen Frist – wie für Konjunkturprognosen üblich – auf bereits beschlossenen Maßnahmen oder auf Maßnahmen, die hinreichend konkret sind und von der Politik in den kommenden Wochen beschlossen werden dürften.

Unter diesen Annahmen ist die Finanzpolitik in der kurzen Frist leicht expansiv ausgerichtet (vgl. Tabelle 2 diskretionäre Maßnahmen). Auf der steuerlichen Seite entlastet weiterhin der Übergang zu einer nachgelagerten Besteuerung bei Alterseinkünften. Zudem werden bei der Einkommensbesteuerung in allen Jahren des Kurzfristzeitraums Grund- und Kinderfreibetrag erhöht. Außerdem wird das Kindergeld angehoben. Auf der Ausgabenseite sind zusätzliche Mittel für investive Verwendungen, wie die Mehrausgaben für Verkehrsinfrastruktur oder Finanzhilfen zur Förderung des sozialen Wohnens, bereitgestellt worden; auch wurden zusätzliche Mittel für soziale Belange, beispielsweise Eingliederungshilfen, beschlossen. Bei den Sozialversicherungen werden Leistungen bei der Pflegeversicherung ausgeweitet und es sind expansive Maßnahmen im Krankenhausbereich sowie bei der Arzneimittelversorgung beschlossen worden. Den expansiven Impulsen bei den Sozialkassen stehen allerdings restriktive Impulse wie die Erhöhung des durchschnittlichen Zusatzbeitrages in der gesetzlichen Krankenversicherung in den Jahren 2016 und 2018 und die Anhebung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung entgegen. Alles in allem beläuft sich der fiskalische Impuls im Jahr 2016 auf –0,3 Prozent und im Jahr 2017 auf –0,4 Prozent; im Jahr 2018 liegt er dann nur noch bei 0,1 Prozent.

Für die mittelfristige Projektion der öffentlichen Finanzen ist unterstellt, dass das geltende Recht Bestand hat („status quo“-Annahme). Die geltende Rechtslage kann bedeuten, dass einige Parameter im Projektionszeitraum angepasst werden müssen. Solche Anpassungen können klar geregelt sein. Beispielsweise

lässt sich mit der geltenden Rentenformel nicht nur die jährliche Rentenanpassung zur Jahresmitte bestimmen; auch eine Senkung oder Anhebung des Beitragssatzes lässt sich aus der wirtschaftlichen Projektion ableiten.

Andere gesetzliche Regelungen sind schwieriger, in der Projektion zu berücksichtigen. So gebietet die Verfassung, dass das Existenzminimum steuerfrei zu stellen ist. Die Regierung ist verpflichtet, alle zwei Jahre einen Existenzminimumbericht vorzulegen, der die Höhe des Existenzminimums festlegt. Auf dieser Grundlage wird sie im Projektionszeitraum immer wieder den Grund- und den Kinderfreibetrag anpassen müssen. Solche verfassungsmäßig gebotenen Änderungen sind in der Projektion berücksichtigt. Hingegen ist nicht unterstellt, dass die Erhöhung des Kinderfreibetrags mit einer Erhöhung des Kindergelds einhergeht, denn hierzu besteht kein gesetzliches Gebot. Aus politischen Gründen ist es allerdings wenig wahrscheinlich, dass das Kindergeld wesentlich hinter dem Kinderfreibetrag zurückbleibt.

Politische Vorhaben, die hinreichend konkret sind, wie die vor kurzem angekündigte Angleichung der Renten in Ost- und Westdeutschland, sind in dieser Projektion eingestellt. Pläne hingegen, die bisher wenig konkret sind, wie die Einführung einer Lebensleistungsrente, werden nicht berücksichtigt. Gleiches gilt für die Einführung einer PKW-Maut, für die zwar mittlerweile eine Zustimmung der EU-Kommission vorliegt, deren genaue Ausgestaltung aber noch unklar ist – zumal in Zusammenhang mit ihrer Einführung Änderungen bei der Kraftfahrzeugsteuer verbunden sein dürften.

Bei disponiblen Ausgaben, beispielsweise bei den Investitionen, wird die derzeit geltende Finanzplanung zu Grunde gelegt; dies bedeutet allerdings, dass Mehrausgaben, die für die laufende Legislaturperiode beschlossen worden sind, danach wieder entfallen.

gen.⁷ Die flüchtlingsbedingte Zuwanderung lässt auch die sozialen Sachleistungen zunehmen. Im kommenden Jahr steigen diese Ausgaben zudem, weil merkliche Leistungsausweitungen in der Pflegeversicherung beschlossen worden sind, und auch im Krankenhausbereich kommt es zu Mehrausgaben. Dabei ist die den sozialen Sachleistungen zugrundeliegende, kostengetriebene Grunddynamik ohnehin hoch. Dies liegt auch daran,

dass die Ausgaben im Gesundheitswesen sowohl durch den medizinischen Fortschritt als auch die alternde Bevölkerung getrieben werden. Aufgrund der demografischen Entwicklung werden die sozialen Sachleistungen am Ende des Projektionszeitraums daher nochmals an Dynamik zulegen.⁸ Die Arbeitnehmerentgelte des Staates

⁷ Im Nachtragshaushalt des Bundes für das Jahr 2016 wurden weitere Mittel für das Sondervermögen zur Förderung von Investitionen in finanzschwachen Kommunen bereitgestellt. Diese Mittel sollen für die Sanierung von Schulgebäuden verwendet werden.

⁸ In den vergangenen Jahren ist der Anstieg der sozialen Sachleistungen dadurch gedämpft worden, dass mit dem sogenannten „Preis moratorium“ die Preise für ansonsten nicht regulierte Medikamente auf dem Stand des Jahres 2009 eingefroren worden waren. Diese Regelung dürfte bis zum Jahr 2022 verlängert werden, ab dem Jahr 2018 wird allerdings ein Inflationsausgleich gewährt, so dass die Ausgabendynamik dann höher sein wird. Wie sich das Urteil des EuGH vom 19. Oktober 2016 hinsichtlich der Wettbewerbswidrigkeit

Tabelle 3

Veränderung ausgewählter Kennziffern der Ausgabenseite¹

In Prozent

	2015	2016	2017	2018	2015/2011 ²	2020/2016 ²	2025/2021 ²
Ausgaben insgesamt	2,7	3,8	3,7	3,4	2	2 ¾	3
Darunter:							
Arbeitnehmerentgelte	2,0	3,1	2,9	2,0	1 ¾	2	2 ½
Vorleistungen	3,9	7,3	3,5	2,0	2 ½	2 ¼	2 ¼
Soziale Sachleistungen	5,2	6,8	6,4	5,5	3 ¾	4 ½	5
Monetäre Sachleistungen	4,1	2,7	4,3	2,8	2	2 ½	3
Sonstige Transfers	4,1	1,5	-0,2	8,4	8	2 ¼	1 ¾
Subventionen	5,8	-6,1	11,7	1,8	0	3 ¼	1 ½
Geleistete Vermögenstransfers	-20,2	10,7	-6,0	-4,7	-3 ½	-1 ½	1 ½
Bruttoinvestitionen	5,4	6,0	7,9	1,9	1	2 ½	1 ¼
Zinsausgaben	-9,1	-7,0	-4,1	-0,3	-7	-¾	¾

¹ In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.² Durchschnittliche Entwicklung

In der Projektion sind die Vorausschätzungen in der mittleren Frist auf ¼-Prozentpunkte gerundet. Abweichungen durch Rundung möglich.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

expandieren im Jahr 2016 ebenfalls merklich. Zum einen wird die Beschäftigung im öffentlichen Sektor aufgebaut; dies ist auch eine Folge der Flüchtlingsmigration. Zum anderen sind die von Bund und Ländern ausgehandelten Tarifanpassungen in den Jahren 2016 und 2017 spürbar. Für den weiteren Projektionszeitraum ist unterstellt, dass die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst nicht hinter der gesamtwirtschaftlichen Lohnentwicklung zurückbleiben, so dass die Arbeitnehmerentgelte auch in der mittleren Frist merklich zulegen werden.

Die monetären Sozialleistungen nehmen im laufenden Jahr relativ verhalten zu. Dabei führte die Flüchtlingsmigration des Vorjahres für sich genommen zu einem deutlichen Anstieg der Transferausgaben⁹ und die Rentenanpassung zur Jahresmitte 2016 war außergewöhnlich hoch.¹⁰ Zudem wurde zu Beginn des Jahres das Kindergeld nochmals angehoben. Die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung gehen allerdings wegen einer nach wie vor rückläufigen Zahl an LeistungsempfängerInnen deutlich zurück. Diese Rückgänge dürften nun etwas nachlassen. Im weiteren Verlauf werden die monetären Sozialleistungen stärker zulegen: Im Jahr 2017 wirkt in

der ersten Jahreshälfte die hohe Rentenanpassung aus dem Vorjahr nach, das Arbeitslosengeld II wird deutlicher angehoben als in anderen Jahren¹¹ und das Kindergeld wird nochmals erhöht. In den weiteren Jahren des Projektionszeitraums werden die monetären Sozialleistungen vor allem durch die Entwicklung der Rentenausgaben sowie der zurückgehenden Zahl von arbeitslosen HilfeempfängerInnen bestimmt.¹²

Die Entwicklung der sonstigen Transferzahlungen wird vor allem durch die an die EU abzuführenden Eigenmittel bestimmt. Im Jahr 2017 gehen diese leicht zurück und nehmen im weiteren Projektionszeitraum stetig zu.¹³

Die Bauinvestitionen des Staates steigen im Jahr 2016 kräftig. Insgesamt gesehen ist die Haushaltslage bei den Gemeinden, die für den größten Teil der Bauinvestitionen verantwortlich sind, gut. Dazu trägt auch bei, dass der Bund den Kommunen immer mehr Mittel zur Ver-

der in Deutschland geltenden Preisbindung rezeptpflichtiger Medikamente auswirken wird, ist noch unklar.

9 Zum methodischen Vorgehen bei der Abschätzung der flüchtlingsbedingten Ausgaben vgl. Kristina van Deuverden (2015): Haushaltsspielräume werden enger – umso wichtiger sind jetzt richtige Ausgabeentscheidungen, DIW Wochenbericht Nr. 51+52, 1220f.

10 Durch die methodischen Änderungen in den VGR fiel die Rentenanpassung, die sich vorläufig an der volkswirtschaftlichen Bruttolohnentwicklung orientiert, im Jahr 2015 gemessen an der Entwicklung der versicherungspflichtigen Entgelte zu gering aus. Dies wurde zur Jahresmitte 2016 nachgeholt.

11 Die Regelsätze beim Arbeitslosengeld II werden auf Grundlage der Einkommen- und Verbrauchstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamtes festgesetzt; diese wurde aktualisiert und signalisiert einen erheblich stärkeren Preisanstieg als bisher zugrunde gelegt.

12 Weitere Anhebungen des Kindergeldes sind in dieser Projektion nicht unterstellt, denn sie sind gesetzlich nicht zwingend vorgeschrieben.

13 Die von Deutschland an die EU abzuführenden Eigenmittel werden durch den geltenden Finanzrahmen der EU (zurzeit 2014 – 2020) sowie den zu leistenden Finanzierungsanteil der einzelnen Mitgliedsländer bestimmt. Letzterer hängt unter anderem von der relativen Wirtschaftskraft der einzelnen Länder ab. Dieses Gefüge wird sich nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs deutlich ändern. Im späteren Verlauf des Projektionszeitraums wird zudem ein neuer Finanzrahmen gelten. Diese Auswirkungen sind kaum abzuschätzen. In dieser Projektion ist daher unterstellt, dass die heutigen Rahmenbedingungen weiter gelten.

Tabelle 4

Struktur der öffentlichen Ausgaben in der mittleren Frist¹

Anteile in Prozent

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Ausgaben insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
Arbeitnehmerentgelte	16 ¾	16 ½	16 ½	16 ½	16 ½	16 ¼	16 ¼	16
Vorleistungen	10 ½	10 ½	10 ½	10 ½	10 ½	10 ¼	10 ¼	10
Soziale Sachleistungen	20 ½	20 ¾	21 ¼	21 ½	22	22 ½	23 ¼	23 ¾
Monetäre Sachleistungen	35	35	35	35	35	35	34 ¾	34 ¾
Subventionen	2	2	2	2	2	1 ¾	1 ¾	1 ¾
Bruttoinvestitionen	5	5	5	4 ¾	4 ¾	4 ½	4 ½	4 ½
Zinsausgaben	2 ¾	2 ¾	2 ¾	2 ½	2 ½	2 ½	2 ½	2 ½
Sonstige	7 ½	7 ½	7 ¼	7 ¼	7	7	7	6 ¾

¹ In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

In der Projektion sind die Vorausschätzungen in der mittleren Frist auf ¼-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

fügung stellt. Mit der Gründung des Sondervermögens zur Förderung von Investitionen in finanzschwachen Kommunen wird zudem das Geld in jene Gemeinden geleitet, bei denen sich hoher Investitionsbedarf aufgestaut haben dürfte. Der Bund hat in den vergangenen Jahren außerdem Mehrausgaben für Verkehrsinvestitionen oder den Ausbau von Kindertagesstätten beschlossen. Diese Programme lassen die Investitionen derzeit noch kräftig zulegen. Mit dem Wegfall der zusätzlichen Mittel werden die Bauinvestitionen – gemäß dem in dieser Projektion unterstellten Status quo – aber nur noch verhalten zunehmen. Die Investitionen in Ausrüstungen werden demgegenüber in den kommenden Jahren auch weiterhin eine hohe Dynamik aufweisen. Dies liegt insbesondere daran, dass die Ausgaben für die äußere Sicherheit deutlich erhöht worden sind.

Wie in den vergangenen Jahren gehen die Ausgaben des Staates für Zinsen auch im laufenden Jahr nochmals merklich zurück. Dies liegt insbesondere daran, dass die bei Neuemissionen realisierten Agios mit beträchtlichen Zinsersparnissen einhergingen. Diese Agios werden die Zinsausgaben auch noch in den kommenden Jahren entlasten.¹⁴ Im Jahr 2017 dürften die Zinsausgaben bei nach wie vor relativ niedrigem Zinsniveau nochmals zurückgehen; dazu trägt auch der sinkende Schuldenstand bei. Auch wenn die Zinsen in den folgenden Jahren nur langsam zunehmen und dieser Anstieg le-

diglich im Zuge der notwendigen Refinanzierung von Anlagen die Zinsausgaben des Staates steigen lassen wird, werden die Ausgaben für den Schuldendienst bei weiterhin sinkendem Schuldenstand ab dem Jahr 2018 wohl langsam zunehmen. Dazu trägt auch bei, dass die Unsicherheiten in der mittleren Frist zurückgehen und die Anleger nicht länger auf der Suche nach sicheren Anlagen negative Renditen für deutsche Staatspapiere in Kauf nehmen.

Die Subventionen dürften über den Projektionszeitraum etwas zunehmen. In den kommenden zwei Jahren wird beispielsweise der Kauf von Elektro- und Hybridfahrzeugen gefördert. Alles in allem dürfte die Dynamik jedoch gedämpfter verlaufen als in den vergangenen Jahren, in denen die Energiewende vermehrt Subventionsatbestände begründete.

Die geleisteten Vermögenstransfers nehmen im Jahr 2016 ebenfalls kräftig zu. Aufgrund des – auch wegen der Zuwanderung – hohen Bedarfs an günstigem Wohnraum sind zusätzliche Mittel für den sozialen Wohnungsbau und den Stadtumbau bereitgestellt worden. Auch hat der Bund beschlossen, das Eigenkapital der Deutschen Bahn zu erhöhen. In der ersten Jahreshälfte wurden außerdem Garantien in Zusammenhang mit Ausgliederungen bei der HSH Nordbank defizitwirksam.¹⁵ Mit dem Wegfall dieses Sondereffekts werden die geleisteten Vermögenstransfers im Jahr 2017 rückläufig sein, auch wenn eine weitere Eigenkapitalerhöhung bei der Deutschen Bahn beschlossen ist. Für das Jahr 2018 ge-

¹⁴ In Abgrenzung der VGR entlasten die Agios im laufenden Jahr um ca. eine Milliarde Euro. Im Gegensatz dazu sind die öffentlichen Kassen im laufenden Jahr in finanzstatistischer Abgrenzung um fünfeinhalb Milliarden Euro entlastet worden. Zu den Unterschieden und der zeitlichen Verteilung solcher Effekte vgl. Ferdinand Fichtner et al. (2016): Deutsche Wirtschaft: Aufwärtstrend setzt sich fort, Brexit dämpft – Herbstgrundlinien 2016, DIW Wochenbericht Nr. 36, 798ff.

¹⁵ Etwaige Entschädigungen der Stromkonzerne EON, RWE und Vattenfall infolge des Urteils des BVerfG vom 6. Dezember 2016 sind in dieser Projektion nicht berücksichtigt.

hen, wenn keine weitere Zuführung mehr erfolgt, die geleisteten Vermögenstransfers nochmals zurück. In den restlichen Jahren des Projektionszeitraums dürften sie – nach Auslaufen der zusätzlichen Mittel zur Förderung des sozialen Wohnens – verhalten zulegen.

Alles in allem werden die Ausgaben des Staates im Jahr 2016 um 3,8 Prozent steigen, im kommenden Jahr um 3,7 Prozent und im Jahr 2018 um 3,4 Prozent. In den Jahren 2016 bis 2020 werden sie um jahresdurchschnittlich $2\frac{3}{4}$ Prozent expandieren und in den Jahren 2021 bis 2025 um jahresdurchschnittlich drei Prozent. Dabei wird die Entwicklung allerdings dadurch verzerrt, dass im Jahr 2015 erzielte Erlöse aus der Versteigerung von Funkfrequenzen in einzelnen Jahren des Projektionszeitraums als negative Ausgaben berichtet werden.¹⁶

16 Im vergangenen Jahr hat der Staat Einnahmen aus der Versteigerung von Funkfrequenzen in Höhe von insgesamt 5,1 Milliarden Euro erzielt. Diese werden in den VGR zum einen als negative Ausgabe gebucht. Zudem werden sie zeitlich auf die Jahre 2015 bis 2019 verteilt: Im Jahr 2015 wurden die Staats-

Während des Projektionszeitraums ändert die Struktur der Ausgaben sich nur wenig (vgl. Tabelle 4). Allerdings nehmen die Ausgaben für soziale Sachleistungen zu und die für Bruttoinvestitionen gehen, nach dem Auslaufen der zusätzlich bereitgestellten Mittel, wieder zurück.

Überschüsse nur dank Beitragssatzerhöhungen

Der Finanzierungssaldo wird im Jahr 2016 26 Milliarden Euro oder 0,8 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt betragen. Im kommenden Jahr geht dieser Überschuss auf vier Milliarden Euro oder 0,1 Prozent zurück. Im Jahr 2018 ist er leicht negativ und liegt bei -1,2 Milliarden Euro. In den folgenden Jahren werden die Überschüsse in den öffentlichen Haushalten wieder zunehmen. Während die Gebietskörperschaften über den

ausgaben dadurch um 0,5 Milliarden Euro verringert. Im Prognosezeitraum mindern sie die Ausgaben im Jahr 2017 um 3,8 Milliarden Euro und im Jahr 2018 um 0,2 Milliarden Euro. Im Jahr 2019 werden dann noch einmal 0,6 Milliarden Euro ausgabenmindernd verbucht.

Tabelle 5

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren¹ 2000 bis 2018

In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs-saldo	nachrichtlich: Zinssteuer- quote ²	Schuldenstand nach Maastricht
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:				
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Brutto- investitionen			
2000 ³	45,6	23,2	18,1	47,1	3,1	2,3	-1,5	13,5	58,9
2001	43,8	21,4	17,8	46,9	3,0	2,3	-3,1	14,0	57,7
2002	43,3	21,0	17,8	47,3	2,9	2,2	-3,9	14,1	59,4
2003	43,6	21,1	18,0	47,8	2,9	2,1	-4,2	13,8	63,1
2004	42,6	20,6	17,6	46,3	2,8	1,9	-3,7	13,5	64,8
2005	42,8	20,8	17,4	46,2	2,7	1,9	-3,4	13,2	67,0
2006	43,0	21,6	16,9	44,7	2,7	2,0	-1,7	12,5	66,5
2007	43,0	22,4	16,1	42,8	2,7	1,9	0,2	11,9	63,7
2008	43,4	22,7	16,1	43,6	2,7	2,1	-0,2	11,8	65,1
2009	44,3	22,4	16,9	47,6	2,6	2,4	-3,2	11,8	72,6
2010 ⁴	43,0	21,4	16,5	47,4	2,5	2,3	-4,4	11,6	81,0
2011	43,8	22,0	16,4	44,7	2,5	2,3	-1,0	11,4	78,7
2012	44,2	22,5	16,5	44,3	2,3	2,2	0,0	10,2	79,9
2013	44,5	22,9	16,5	44,7	2,0	2,1	-0,2	8,7	77,5
2014	44,7	22,9	16,5	44,4	1,8	2,1	0,3	7,8	74,9
2015 ⁵	44,7	23,1	16,5	44,0	1,6	2,1	0,7	6,8	71,2
2016	45,1	23,4	16,6	44,2	1,4	2,2	0,8	6,0	68,6
2017 ⁶	44,8	23,0	16,8	44,8	1,3	2,3	0,2	5,7	66,0
2018 ⁷	44,7	23,0	16,8	44,8	1,3	2,3	0,0	5,5	63,9

¹ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

² Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.

³ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen (50,8 Milliarden Euro).

⁴ Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (4,4 Milliarden Euro).

⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Funkfrequenzen (0,5 Milliarden Euro).

⁶ Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Funkfrequenzen (3,8 Milliarden Euro).

⁷ Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Funkfrequenzen (0,2 Milliarden Euro).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin; ab 2016: Prognose des DIW Berlin.

Tabelle 6

Wichtige finanzwirtschaftliche Kennziffern in der mittleren Frist¹
in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Nominaler Finanzierungssaldo	0	0	0	0	¼	½	½	¾
Struktureller Finanzierungssaldo	-¼	-0	0	0	¼	½	½	¾
Primärsaldo in Relation	1 ¼	1 ½	1 ¼	1 ¼	1 ½	1 ½	1 ¾	1 ¾
Struktureller Primärsaldo in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt	1	1 ¼	1 ¼	1 ¼	1 ½	1 ½	1 ¾	1 ¾
Zinssteuerquote	5 ½	5 ¼	5 ¼	5	5	5	4 ¾	4 ¾
Schuldenstandsquote ²	64	61 ½	59 ¼	57	54 ¾	52 ½	50 ½	48 ¼

¹ In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

² In Abgrenzung des Maastrichter Vertrages.

In der Projektion sind die Vorausschätzungen in der mittleren Frist auf ¼-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

gesamten Projektionszeitraum durchgängig Überschüsse aufweisen, müssen die Sozialversicherungen immer wieder Defizite hinnehmen, die nur durch kräftige Erhöhungen der Beitragssätze begrenzt werden können.

Der konjunkturell bereinigte Finanzierungssaldo, wie er dem europäischen Fiskalpakt zugrunde liegt, stagniert im laufenden Jahr (Tabelle 5).¹⁷ Im kommenden Jahr wird der Gesamthaushalt strukturell ausgeglichen sein und im Jahr 2018 ein Defizit von 0,2 Prozent aufweisen (Tabelle 6). In den weiteren Jahren des Projektionszeitraums stellen sich dann wieder Überschüsse ein. Am Ende des Projektionszeitraums, im Jahr 2025, liegt der Finanzierungssaldo bei drei Viertel Prozent.

Eine wichtige Kennziffer, um die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik einzuschätzen, ist der Primärsaldo, also der um Ausgaben für den Schuldendienst bereinigte Finanzierungssaldo. Dieser hat sich in den vergangenen Jahren stetig verbessert und beträgt zurzeit 2,2 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. Im Projektionszeitraum geht er leicht zurück – auf etwa einen Prozentpunkt. In struktureller, also um konjunkturelle Einflüsse bereinigter, Betrachtung liegt er derzeit bei zwei Prozent und geht bis zum Ende des Projektionszeitraums auf eineinhalb Prozent zurück.

In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt geht der Schuldenstand seit dem Jahr 2009, als die Schuldenstandsquote infolge der Finanzkrise auf 81 Prozent gestiegen war, zurück. Dieser Rückgang war zu Beginn vor allem durch die Abwicklung der Bad Banks bedingt,

danach immer mehr dem Wirtschaftswachstum geschuldet und wird seit einigen Jahren zunehmend dadurch begünstigt, dass die öffentlichen Haushalte mit Überschüssen abschließen. Die günstige Finanzlage der öffentlichen Haushalte insgesamt wird die Schuldenstandsquote im Projektionszeitraum weiter zurückgehen lassen.¹⁸

Sensitivitätsanalyse

Die hier vorgelegte mittelfristige Projektion basiert auf der im zweiten Artikel dieses Wochenberichts projizierten wirtschaftlichen Entwicklung. Diese Projektion beruht jedoch auf einer Vielzahl von Annahmen und ist – auch aufgrund des langen Projektionszeitraums – von erhöhter Unsicherheit gekennzeichnet. Daher wird im Folgenden die Sensitivität der Finanzentwicklung in Abhängigkeit von einer schwächeren oder günstigeren wirtschaftlichen Entwicklung abgeschätzt.

Bei einem um 0,5 Prozentpunkte höheren nominalen Wirtschaftswachstum läge der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte im Jahr 2025 in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt um ein Viertel Prozentpunkt über dem Basisszenario (Tabelle 7), bei einem um 0,5 Prozentpunkte geringeren Wirtschaftswachstums läge der Finanzierungssaldo um eineinhalb Prozentpunkte niedriger. Die asymmetrische Reaktion des Finanzierungssaldos erklärt sich dadurch, dass das stär-

¹⁷ Zurzeit ist der bei der Beurteilung der Staatsfinanzen nach dem europäischen Fiskalpakt und der deutschen Schuldenbremse herangezogene strukturelle Finanzierungssaldo unterschiedlich. Vgl. Fichtner et al. (2016), a.a.O.

¹⁸ Es ist geplant, eine bundeseigene Stiftung zu gründen, die nach dem Atomausstieg verbleibende Kosten für die Lagerung radioaktiver Abfälle finanzieren soll. Diese Stiftung wird mit finanziellen Mitteln privater Unternehmen ausgestattet werden und dürfte in Abgrenzung der VGR dem Staatssektor zugeordnet werden. Dies hat zur Folge, dass, sobald die Stiftung ihre Mittel in deutschen Staatspapieren anlegt, der Schuldenstand des Staates sinkt. Für den Schuldenstand nach Maastricht dürfte dies aber ohne Bedeutung sein, denn hierfür wird wohl eine Bereinigung um diese Transaktionen durchgeführt werden.

Tabelle 7

Finanzierungssaldo in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt – Alternativszenarien¹

in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt, in Prozent

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Basisszenario	0	0	0	0	1/4	1/2	1/2	3/4
Szenario I	0	1/4	0	0	1/2	1/2	3/4	1
Szenario II	0	0	-0	-0	-1/4	-1/2	-3/4	-1 1/2

¹ In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

In der Projektion sind die Vorausschätzungen in der mittleren Frist auf 1/4-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

kere oder schwächere Wirtschaftswachstum nur auf den Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften durchwirken kann, während die Sozialversicherungen zur Vermeidung permanenter Defizite gezwungen sind, ihren Beitragssatz anzuheben. Bei einem um 0,5 Prozentpunkte höheren Wirtschaftswachstum könnten die Beitragssätze in den Endjahren geringer zulegen und im Jahr 2025 läge der kumulierte Beitragssatz um knapp einen halben Prozentpunkt unter dem Basisszenario. Im Szenario schwächeren Wachstums müsste der Beitragssatz hingegen vor allem in den Jahren 2019 bis 2021 stärker angehoben werden und läge im Jahr 2025 um gut einen halben Prozentpunkt über dem Basisszenario.

Großer Handlungsbedarf trotz Überschüssen

Auf den ersten Blick führt diese Projektion zu einer recht positiven Einschätzung der Finanzentwicklung in den kommenden Jahren: In fast allen Jahren sind die öffentlichen Haushalte ausgeglichen, strukturell sind sie gar in jedem Jahr im Überschuss.

Auf den zweiten Blick muss dieses Urteil allerdings revidiert werden. Zum einen sind die Risiken für eine mittelfristige Projektion generell erheblich. So ist für die Finanzpolitik angenommen worden, dass der derzeitige Status quo fortbesteht. Bei den Einkommensteuern ist lediglich unterstellt, dass es in jedem Jahr zu einer Anhebung von Grund- und Kinderfreibetrag kommt. Dies kann aber beispielsweise nicht verhindern, dass es aufgrund der kalten Progression zu deutlichen Mehreinnahmen kommt. Außerdem hat es zur Folge, dass das Kindergeld weit hinter dem Kinderfreibetrag zurückbleibt. Beide Entwicklungen dürften von der Politik kaum hingenommen werden. Der „status quo“-Annahme folgend ist auch unterstellt, dass Griechenland – gemäß dem heutigen Vertragstand – ab dem Jahr 2022 seinen Zinsverpflichtungen nachkommt. Auch hier besteht ein Risiko.

Hinzu kommt, dass, der mittelfristigen Projektion zur wirtschaftlichen Entwicklung folgend, angenommen wird, dass das Zinsniveau noch lange niedrig bleiben und auch im späteren Projektionszeitraum nur langsam zulegen wird. Dadurch verschlechtern sich die Refinanzierungskonditionen des Staates nur langsam. Ein stärkerer Zinsanstieg ist allerdings nicht auszuschließen und würde die Ausgaben deutlich stärker zulegen lassen.

Weiterhin wird in der Mittelfristprojektion davon ausgegangen, dass trotz der demografisch bedingten Verknappungen am Arbeitsmarkt der Beschäftigungsaufbau über den ganzen Projektionszeitraum hinweg fortgesetzt werden kann, wenngleich in abgeschwächtem Tempo. Dazu wird angenommen, dass per saldo ab dem Jahr 2019 jahresdurchschnittlich 300 000 Erwerbspersonen zuwandern dürften. Sollten diese Annahmen nicht zutreffen, dürfte es zu zunehmenden Engpässen auf dem Arbeitsmarkt und schließlich zu einem geringeren (potenziellen) Wirtschaftswachstum kommen.

Vor allem aber beruht die positive Entwicklung der öffentlichen Finanzen darauf, dass die Beitragssätze zu den Sozialversicherungen innerhalb von zehn Jahren um vier Prozentpunkte zulegen. Dabei ist unterstellt, dass das Rentenniveau – wie im geltenden Recht – weiter zurückgeht. Politisch wird derzeit eine Absenkung des Rentenniveaus auf unter 46 Prozent des Durchschnittseinkommens infrage gestellt. Sollte dies beschlossen werden, so würden die Ausgaben nach Ende des Projektionszeitraums, wenn sie aufgrund des immer stärkeren Renteneintritts der Babyboomer ohnehin an Dynamik gewinnen, noch weiter zulegen – mit entsprechenden Anpassungen des Beitragssatzes. Auch wenn die hier vorgelegte Projektion einen ungewöhnlich langen Zeitraum abbildet: Die Alterung hat in diesem Zeitraum gerade erst begonnen, ihre Spuren in den Sozialkassen zu hinterlassen. In den nachfolgenden Jahren werden die Auswirkungen viel stärker zu spüren sein und der Bei-

tragsanstieg ist auch ohne weitere Leistungsausweitungen noch lange nicht zu Ende.

Sozialbeiträge schlagen sich in den Arbeitskosten nieder, reduzieren – sofern sie paritätisch finanziert sind – die Arbeitsnachfrage und senken – unabhängig davon, ob Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Beitragslast gemeinsam tragen – das Arbeitsangebot. Das Erwerbspersonenpotenzial schrumpft und das Potenzialwachstum ist niedriger. Im Projektionszeitraum wird der größte Teil der Beitragserhöhungen allein von den Arbeitnehmern getragen, die Nettolöhne und –gehälter nehmen im späteren Projektionszeitraum nur wenig zu, in einzelnen Jahren gehen sie in realer Rechnung gar zurück.

Eine solche Entwicklung sollte – sofern sie nicht ganz verhindert werden kann – zumindest gedämpft werden. Die Ausgaben der Sozialversicherungen, aber auch ihre Einnahmen, müssen hinterfragt werden. Die hohe Kos-

tendynamik im Gesundheitsbereich ist sicherlich nicht nur durch medizinischen Fortschritt oder Alterung bedingt, sondern auch den Marktverhältnissen geschuldet. Leistungsausweitungen, insbesondere wenn sie versicherungsfremd sind, sind besonders kritisch zu beurteilen. Noch immer werden den Sozialkassen versicherungsfremde Leistungen in erheblicher Größenordnung aufgebürdet. Zu Beginn dieser Legislaturperiode wurden mit der Rente ab 63 sowie der Ausweitung der Mütterrente solche Leistungen sogar nochmals begründet. Diese Leistungen sollten aber vom Steuerzahler, also der Gesellschaft insgesamt, finanziert werden. Dies dürfte auch dazu beitragen, den kräftigen Anstieg der Beitragssätze in der mittleren Frist zu begrenzen und die damit verbundenen negativen Auswirkungen auf das Arbeitsangebot und das potenzielle Wirtschaftswachstum zu mindern. Für die kurze Frist ist dann aber auch klar: Spielräume für weitere Leistungsausweitungen oder Steuergeschenke bestehen keine, wenn die Finanzpolitik ihrer Verantwortung gerecht werden will.

Kristina van Deuverden ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | kvandeuverden@diw.de

GERMAN PUBLIC FINANCES UNTIL 2025: FAVORABLE ONLY AT FIRST SIGHT

Abstract: The high surpluses in Germany's public budgets are set to decline substantially: from 26 to four billion euros over the course of 2017, with a slight deficit by the end of 2018. The situation will gradually improve, with surpluses expected over the medium to long term. Although this mid-term perspective initially appears positive, it comes at a high price, as the financial situation forces public health insurance – and later, the public pension fund – to significantly raise contribution rates. Cumulated contribution rates will increase from their current level of 39.65 percent to

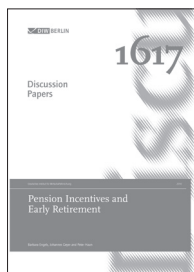
43½ percent by 2025. And yet during the projection period the aging population only starts to leave its footprints in public budgets, and social systems will come under mounting financial pressure. Financing some extraneous insurance benefits by tax revenue or alleviating cost pressure in the health sector could mitigate this effect. When it comes to the current fiscal situation, the message is clear: there is no spare money for expanding social benefits or for fiscal perks driven by electoral motives.

JEL: H3, H6, E6

Keywords: public finance, fiscal policy, outlook

Discussion Papers Nr. 1617

2016 | Barbara Engels, Johannes Geyer, Peter Haan



Pension Incentives and Early Retirement

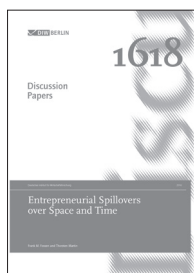
In this paper we exploit a cohort-specific pension reform to estimate the causal labour market effects of changes in the financial incentives to retire. In particular, we analyze the effects of the introduction of cohort-specific deductions for early retirement on female retirement, employment and unemployment. For the empirical analysis we use high-quality administrative data from the German pension insurance. We present evidence for sizable labour market effects. In addition to direct effects on women older than 60 we find important anticipation effects before reaching the pension eligibility age. Overall we document that the pension reform leads to a postponement of retirement, an increase in employment and a shifting in unemployment over age rather than a substitution into unemployment.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1618

2016 | Frank M. Fossen, Thorsten Martin



Entrepreneurial Spillovers over Space and Time

Entrepreneurship is a local and dynamic phenomenon. We jointly investigate spatial spillovers and time persistence of regional new business formation. Using panel data from all 402 German counties for 1996–2011, we estimate dynamic spatial panel models of business creation in the high-tech and manufacturing industries. We consider regions of different sizes and systematically search for the most suitable spatial weighting matrices. We find substantial spatial spillovers as well as time persistence of start-up activity, especially in the high-tech industry. This indicates that entrepreneurship is deeply rooted in regions and underlines the importance of local entrepreneurship culture for new business formation.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere





Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D. ist Präsident des DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Italien braucht Hilfe – egal unter welcher Regierung

2016 war kein gutes Jahr. Das Brexit-Votum und die Trump-Wahl haben politische Erdbeben ausgelöst. Das größte Problem für Europa und Deutschland ist jedoch Italien. Die europäische Politik muss sofort handeln, um eine Eskalation der Lage abzuwenden. Sonst könnte Italien der Domino-Stein sein, der die europäische Finanz- und Wirtschaftskrise zurückbringt – mit eventuell ungeahnter Wucht.

Deutschland geht es wirtschaftlich gut. Auch deshalb vergessen wir gerne, dass nicht nur, aber vor allem auch Italien noch tief in der Krise steckt. Italien gelingt es seit vielen Jahren nicht, dem teuflischen Zyklus von vier sich gegenseitig verstärkenden Krisen zu entkommen. Die erste ist eine nach wie vor tiefe Wirtschaftskrise. Seit Anfang 2008 ist die Wirtschaft um 8 Prozent geschrumpft, die Arbeitslosenzahl liegt bei 10 Prozent und die Einkommen sehr vieler Menschen sind gesunken. Als zweites belastet die Bankenkrise Staat und private Wirtschaft, da vor allem kleine und mittlere Unternehmen kaum an Kredite kommen. Die dritte ist eine Schuldenkrise. Die Staatsverschuldung liegt bei über 135 Prozent der Wirtschaftsleistung. Zwar hat die Geldpolitik der EZB dem italienischen Staat die Finanzierung der Schulden erleichtert. Dies wird aber nicht von Dauer sein. Ein Anstieg der Zinsen könnte Italien schnell wieder an die Grenze der Staatsinsolvenz führen – so wie im Sommer 2012, als nur das „Whatever it takes“-Versprechen der EZB half.

Die schwerwiegendste ist die vierte Krise des mangelnden Vertrauens der Bürgern, Unternehmen und Investoren in die Wirtschaft und den Staat. Premierminister Renzi hatte einen mutigen Reformpfad eingeschlagen. Die Reformen sind jedoch noch lange nicht vollendet und brauchen Zeit, um ihre wirtschaftliche Wirkung zu entfalten. Gerade in Deutschland ist der Zynismus gegenüber Italien groß. Die weitverbreitete Wahrnehmung ist, die italienische Regierung hätte keine Reformen gemacht und würde durch die expansive Geldpolitik der EZB dazu gedrängt, noch weniger zu tun. Dies

ist falsch und ein genauerer Blick auf die Reformen und Einschnitte zeigt, dass die Reformen Italiens denen Deutschlands und seiner Agenda 2010 in nicht viel nachstehen. Und das Potenzial der italienischen Volkswirtschaft ist enorm. Die Wirtschaftsstruktur Norditaliens, mit seinen vielen innovativen mittelständischen Familienunternehmen, ist der Süddeutschlands sehr ähnlich.

Man darf die Krise nicht herbei reden, muss aber die Risiken ernst nehmen: Die geopolitischen Konflikte, ein erneutes Aufflammen der Flüchtlingskrise, ein schwächeres globales Wachstum oder Verwerfungen im Bankensektor der Eurozone würden alle Italien besonders hart treffen.

Die EU-Kommission und auch die Bundesregierung sollten umgehend handeln und Italien stärker unterstützen. Die italienische Regierung sitzt nach wie vor auf zu hohen fiskalischen Defiziten mit steigenden Staatsschulden. Die EU Kommission hat dies bisher ignoriert und den europäischen Fiskalpakt bis zum maximalen gebogen. Nun es ist an der Zeit, sich ehrlich einzugestehen, dass Italien die Vorgaben auch in den kommenden Jahren nicht wird erreichen können, ohne die Risiken einer Vertiefung der Krise weiter zu erhöhen. Die EU-Kommission sollte eingestehen, dass Italien noch immer in der Krise ist und daher zusätzliche Staatsausgaben tätigen muss, um diese Krise zu bewältigen.

Europa nicht wieder denselben Fehler machen erst handeln, wenn das Kind im Brunnen liegt. Vor sechs Jahren hat europäische Staatengemeinschaft erst dann mit Rettungsprogrammen gehandelt, als sie mit dem Rücken zur Wand stand. Es wäre weise, nun endlich präventiv zu handeln. Dies erfordert, Italien nicht nur im kommenden Jahr, sondern in den kommenden drei Jahren mehr fiskalische Spielraum zuzugestehen, und der Regierung zu helfen, so schnell wie möglich den Bankensektor zu reformieren und vor allem öffentliche und private Investitionen deutlich zu stärken.